Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.140/141 4.SEPTEMBER 1976

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

HAUSMITTEILUNG
Betr.: Adressaufkleber

Die Sommerpause hat unter anderem zur Folge gehabt, daß die Adressetiketten für den Monat September vorproduziert werden mußten. Daher sind die Eintragungen auf den Aufklebern nicht mehr auf dem neuesten Stand. Das Datum der letzten Änderung ist der 12. August 1976.

Ab dem 1. Oktober 1976 werden die Aufkleber wieder in kürzeren Abständen produziert, so daß Änderungen schneller berücksichtigt werden können. Seid also bis dahin nicht verwundert, wenn Gelder, die ihr überwiesen habt, nicht in Form veränderter Angaben auf dem Aufkleber auftauchen.

ZEITUNGS–SOLIDARITÄTSFONDS LÄUFT

FRANKFURT (ID) 2.September Gut einen Monat vor dem nächsten Treffen der Alternativzeitungen in Kassel wollen wir noch mal darauf hinweisen, daß der Zeitungs-Solidaritätsfond eröffnet ist. Die einzelnen Zeitungsgruppen können, je nach ihrer finanziellen Lage zahlen, aber mindestens sollte jede Gruppe 10,- im Monat überweisen, wobei es nicht schlecht wäre, von August ab zu rechnen.

Der Kontostand beträgt durch eine Überweisung des Sozialistischen Büros von 500,;DM jetzt insgesamt 600,-DM.

Zum Abschluß nochmals das Konto:
Postscheckamt Frankfurt, Nr. 33 21 90-604
Thomas Meusert
Zeitungssolidaritätsfond
Eckenheimer Schulstr. 2
6000 Frankfurt 90

INLAND

MAULKORBGESETZE § 88a UND § 130a STGB
– IM JANUAR VERABSCHIEDET
– IM MAI IN KRAFT
– IM AUGUST ERSTMALS EINGESETZT

BRD + WESTBERLIN (ID) 28. August Am 18. und 19. August durchsuchten Beamte des BKA und verschiedener LKAs linke Buchläden und Vertriebe in der BRD und Westberlin. (Hamburg, Bochum, Essen, Köln, Heidelberg, Tübingen und München).

Begründet wurde das Vorgehen mit dem Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) durch einen Vorstoß gegen die Paragraphen 88a StGB i.V.m. und 126 StGB.

Neben Exemplaren der gesuchten Zeitschrift „Revolutionärer Zorn" wurden auch andere Titel, die seit längerer Zeit im Handel sind,beschlagnahmt:

- *Bommi Baumann, Wie alles anfing*
- *Holger, der Kampf geht weiter*
- *„Stadtguerrilla und soziale Revolution"*
- *Terrorurteil gegen Lothar Gent*

In mehreren Fällen hatten die Polizisten die Geschäftsräume ohne Benachrichtigung der Besitzer aufgebrochen und sie anschließend ohne Zeugen z.T. stundenlang durchsucht.

Mehrere Personen wurden vorläufig festgenommen. Der Geschäftsführer des Politischen Buchladens in Bochum, Thomas Kram, wurde verhaftet und nach Karlsruhe verbracht. Ihm wird vorgeworfen, durch das Auslegen der Zeitschrift „Revolutionärer Zorn" eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben (§ 129 StGB).

Erstmals in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik ist jemand in Haft genommen worden wegen des Vertriebs linker Literatur als Buchhändler. Seit einiger Zeit schon gang und gäbe waren Geldstrafen, Ermittlungsverfahren und andere Versuche, die Meinungsfreiheit zu beschneiden. Die Verkündigung von Haftbefehlen stellt genau die Steigerungsform dar, die juristich seit der Inkraftsetzung der neuen Gesetze am 1. Mai 1976 möglich ist.

Neu ist ebenfalls die juristische Verknüpfung der Paragraphen 88a und 129 des Strafgesetzbuches. Wird z.B. gegen Presse und Literaturvertrieb aufgrund des § 88a vorgegangen, dann kann die Bundesanwaltschaft inzwischen durch den § 129 („Unterstützung einer kriminellen Vereinigung") sofort Haftbefehl erlassen, da — wie es in einem Kommentar zum § 129 heißt — bei Personen, auf die der § 129 angewandt wird, in jedem Fall „Verdunkelungsgefahr" vorliegt; in Fällen, in denen eine „längere Freiheitsstrafe zu erwarten" ist, liegt nach diesem Kommentar Fluchtgefahr vor, ebenfalls ein Haftgrund.

Hiermit wird also eine willkürlich von der Bundesanwaltschaft zu umgrenzende Bevölkerungsruppe (in diesem Fall die Beschäftigten des Linken Buchhandels und -vertriebs) zu mutmaßlichen Schwerverbrechern erklärt. Bislang und bei allen anderen Straftatbeständen hatten seitens eines Beschuldigten der Nachweis einer geregelten Arbeit und eines festen Wohnsitzes genügt, um die Untersuchungshaft auszusetzen.

Am 26.8.76 wurde Thomas Kram aus der Untersuchungshaft entlassen. Die plötzliche Freilassung, die sogar ohne formale Überprüfung der Haftgründe erfolgt ist, veranlaßt den „Koordinationsausschuß ‚Staatsschutzaktion gegen linken Buchhandel' im AStA der Ruhr-Universität Bochum, Lennershofstraße 60/2 4630 Bochum" zu folgenden Feststellungen:

1.
Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft waren nach den Durchsuchungen der politischen Buchläden in Bochum und Essen, also am 19.8. um 16 Uhr abgeschlossen. Die willkürlich erfolgte Festnahme und spätere Inhaftierung von Thomas Kram diente also offensichtlich allein dem Zwecke, eine nachträgliche Rechtfertigung für die Überfälle auf den linken Buchhandel zu liefern, indem ein „Täter" präsentiert wurde. Die Begründung des Haftbefehls lautete: „Verdunkelungsgefahr", bezogen auf die „noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen". Weitere Ermittlungen haben aber nicht stattgefunden, weil es nichts zu ermitteln gab.

2.
Die erstmalige Anwendung des § 88a StGB hat gezeigt, daß die Verbreitung linker Presse und Literatur bereits als „Unterstützung krimineller Vereinigungen" gewertet wird; durch die Verknüpfung der Paragraphen 129 und 88a wird die sofortige Inhaftierung von Personen ermöglicht, da — wie es in einem Kommentar zum § 129 heißt — bei Personen, auf die der Paragraph angewandt wird, stets „Verdunkelungsgefahr vorliegt."

Der Staatsschutz hat sein Ziel, uns einzuschüchtern und zu isolieren, nicht erreicht. Für uns hat der Kampf gegen die Maulkorbparagraphen 88a und 129 mit der Freilassung von Thomas Kram erst richtig angefangen.

Der VLB (Verband linker Buchhändler) erklärt dazu:

„Der linke Buchhandel hat schon vor der Verabschiedung der Maulkorbgesetze (§§ 88a, 130a, 140 StGB) erklärt, daß er eine Beschränkung der politischen Literatur nicht hinnehmen werde und sich nicht zum Büttel staatlicher Zensur machen lasse.

Diese Ankündigung wurde realisiert, als der VLB gemeinsam mit einer Reihe prominenter Verleger, Literaten und Publizisten das unter dem Vorwand des Verstoßes gegen die Zensurparagraphen 130 und 140 beschlagnahmte Buch von Bommi Baumann, „Wie alles anfing" in einer Neuauflage veröffentlicht präsentiert.

Eine Hauptaufgabe des Buchhandels insgesamt ist es, neben den Informationen und Meinungen, die über Massenmedien verbreitet werden, ausführlicher und detaillierter zu berichten, als es diesen möglich ist. Außerdem können über den Buchhandel Spezialinformationen und Meinungen von Minderheiten verbreitet werden, die in die Massenmedien aus den verschiedensten Gründen nicht aufgenommen werden.

Im Zuge der Einschüchterung kritischen Denkens durch Berufsverbote etc. verschwinden aus den Massenmedien, aber auch aus den Programmen etablierter Verlage und aus den Sortimenten bürgerlicher Buchhandlungen Berichte und Meinungen von Gruppen und Individuen, die das herrschende Gesellschaftssystem von links kritisieren.

Das gesamte Spektrum von Diskussionsbeiträgen, die den Kapitalismus als Klassengesellschaft – also als Gewaltsystem – begreifen wird totgeschwiegen. Diskussionen über Legitimintät politischer Gewalt, über die Notwendigkeit von politischem Widerstand, über den Streik als politischen Kampf, über Bürgerinitiativen (sei es im Kampf gegen Kernkraftwerke oder Betriebsschließungen) sollen nicht mehr stattfinden. Selbst „Friedensforschung", die ihren Ansatz in dem Begriff der bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen eigenen „strukturellen Gewalt" sucht, die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen von Gewalt problematisiert, wird kriminalisiert, sobald sie „strukturelle Gewalt" im Herrschaftssystem der BRD entdeckt.

Eine große Minderheit in der Bundesrepublik ist offenbar nicht bereit, sich ihre Denkansätze und Diskussionsmöglichkeiten in so starkem Maß e beschneiden lassen.

Deswegen konnte sich mit dem linken Buchhandel (Verlage, Vertriebe, Buchhandlungen) eine Struktur von Gegenöffentlichkeit entwickeln, die inzwischen einen höheren Grad von Meinungspluralismus und Meinungsfreiheit gewährleistet, als die etablierten Medien.

Diese Gegenöffentlichkeit soll nun mit der Kriminalisierung der linken Buchhandlungen zerschlagen werden.

Die Zeitschrift „Revolutionärer Zorn" ist den politischen Buchhandlungen anonym zugesandt worden. Es besteht für uns keine Veranlassung, diesen Beitrag, der zu einer umfassenden Diskussion und Information beiträgt, zu unterdrücken.

Es ist völlig abwegig, von der bloßen Tatsache des Auslegens einer Druckschrift oder eines Buches auf Sympathie für den Inhalt zu schließen. Wollte man diesen Gedanken ernsthaft erwägen – wie es Bundesanwaltschaft, BKA und BGH offensichtlich tun – müßten einem Buchhändler der Inhalt eines jeden Buches, einer jeden Zeitschrift in seinem Sortiment zugerechnet werden. Es versteht sich am Rande, daß bei einem Sortiment von ca. 10.000 Titeln so etwas gar nicht möglich ist. Kriminalisiert werden soll mit derartigen polizeistaatlichen Maßnahmen nicht mehr positives Handeln, sondern vielmehr eine bestimmte Gesinnung: die Staatsschutzbehörden wollen den Buchhandel zwingen, von sich aus „verdächtige" Titel für den Staatsschutz auszusortieren, für sie Zensur auszuüben. Die bereits bestehenden staatlichen Zensrupraktiken sollen verdeckt Zensur langfristig zur Selbstzensur werden.

George Orwell hat in seinem Buch „1984" diese Tendenz so charakterisiert: „Sie müssen den Großen Bruder lieben. Es genügt nicht, ihm zu gehorchen. Sie müssen ihn lieben." I Überlegung zum Thema „Innere Sicherheit" liest sich das heute so:

„Die bloße Absage an staatsfeindliche Tendenzen reicht heute nicht mehr aus. Angesichts einer Reihe von bedenklichen Prozessen liegt hier eine große Aufgabe, vor allem für unser Erziehungs- und Bildungswesen vor uns." Für die Situation im Buchhandel bedeutet das den Versuch, alle kritische Literatur, möglichst jede Diskussion über die herrschenden kapitalistischen Gewaltverhältnisse zu unterdrücken. Der § 88a StGB und sein Zwillingsbruder § 130a sind die Werkzeuge dazu. Die Verhaftung des Bochumer Buchhändlers Thomas Kram ist dabei zufällig. Es hätte jeden von uns treffen können.

Die deutschen Zensoren ....
....
....
....
.... *Dummköpfe* ....

Ludwig Börne, 1830

Kontaktadresse des VLB: sova, sozialistische verlagsauslieferung gmbh, kurfürstenstraße 8a, 6000 frankfurt am main 90. telefon 0611/70 31 53.

DER PARAGRAPH 88a LEBT!

Artikel aus überregionalen Tageszeitungen betrachten wir in der Regel nicht als „unterbliebene Nachrichten".
Den folgenden aus der Frankfurter Rundschau entnommen, veröffentlichen wir, weil er von allen zur Kenntnis genommen werden muß, die die Kritik und Befürchtungen, den Paragraphen 88 a betreffend, doch nicht ganz ernst genommen haben.

FRANKFURT (ID/FR) 2.September „Wer den soeben vom Luchterhand-Verlag ausgelieferten Roman „Der Einzelgänger" von Regis D ebray in die Hand nimmt, wird kaum ahnen, daß er ein zensiertes Buch vor sich hat. In der deutschen Fassung des 1975 im Pariser Verlag le Seuil erschienenen Romans fehlt auf S. 59 eine Dialogpassage.

Leser der Vorausexemplare des Romans, die der Luchterhand Verlag an Presse und Rezensenten verschickt hatte, erfuhren wenigstens noch von diesem Eingriff in ein literarisches Werk: „Im Hinblick auf Paragraph 88a", hieß es dort in einer Fußnote, „kann der Verlag das hier erwähnte ‚Rezept' nicht wiedergeben", In der endgültigen, für den Buchhandel bestimmten Fassung ist diese Stelle weiß geblieben. Schämen sich die Verantwortlichen des Verlags, diese Selbstzensur zusammen mit ihrer Begründung einzugestehen?

Grund zur Scham hätten sie schon. Der trotz Warnungen und Ablehnungen des Schriftstellerverbandes und des PEN vom Bundestag Anfang dieses Jahres verabschiedete neue Paragraph 88a stellt „..verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten" in einer Schrift dann unter Strafe, wenn sie sich „gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" wendet. Allerdings dann, und auf diese Präzisierung hatten liberale Abgeordnete bestanden, sollte das Gesetz nicht zutreffen, wenn diese Schrift oder Teile von ihr „...der Kunst oder der Wissenschaft,...der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwekken" gilt.

Selbst wenn man den Paragraph 88a peinlich genau zur Richtschnur verlegerischer Tätigkeit bei Luchterhand genommen hätte, könnte man die fragliche Dialogstelle im Ernst nicht für eine Anleitung zu Gewaltakten halten – ganz abgesehen davon, daß sie Teil eines weitgehend autobiographischen Romans ist, der „über Vorgänge des Zeitgeschehens" – Debray war bekanntlich Kampfgefährte Che Guevaras – berichtet. Die Romanfigur Frank, der europäische Intellektuelle unter lateinamerikanischen Genossen, macht sich dort über die Sprengstoffbesessenheit seines Dialogpartners Armando lustig, indem er so tut, als zitiere er ein Sprenstoffrezept aus einem angeblichen Revolutionshandbuch, und zwar im Stil eines Kochrezepts („Gut gekühlt servieren und schnell weglaufen"). Der Dialogpartner bemerkt die Ironie dieser Stell e („Empfindlich gegenüber der Ironie anderer, zwingt sich Armando ein gequältes Lächeln ab", heißt es am Schluß der wegzensierten Passage), nur im Luchterhand Verlag ist man Ironie gegenüber offenbar blind. Oder hat man sich dort von der Existenz des Paragraphen 88a so sehr hysterisieren lassen, daß man den Unterschied zwischen Ernst und Ironie nicht mehr wahrnehmen kann und Rasendünger mit Dynamit verwechselt?

Auch die Tatsache, daß nach Auskunft von Luchterhand der Autor von dem Eingriff weiß und ihn hingenommen hat, ändert nichts an dem Fall und seiner symptomatischen Tendenz. Er ist ein Alarmsignal. Es bestätigt, was die Kritiker des Paragraphen 88a befürchtet haben: daß dieses Gesetz ein duckmäuserisches Klima und eine verschwiegene Vorzensurpraxis schafft, worin für die Öffentlichkeit unmerklich die Grundrechtsgarantie auf die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft außer Kraft gesetzt wird. Und zwar, weil kaum noch jemand den Mut aufbringt – und die ihn aufbringen, vorweg schon schief angesehen werden – diese Freiheiten offensiv zu verteidigen. Wobei die Angst bei Autoren, Verlegern und Druckern – die gleichermaßen von dem Paragraphen 88a mit Gefängnis oder Geldstrafen bedroht werden – im stillen und vorbeugend das Geschäft betreibt, an dessen öffentlicher Führung von Fall zu „Fall" sich Staatsanwälte und Polizei gar nicht mehr die Finger schmutzig machen müssen. Denn eine Zensur, die sich weder ausweist noch kenntlich macht, ist schlimmer, als daß es überhaupt eine gibt."

EIN FALL VON PUTATIV-ZENSUR AM BEISPIEL P.P.ZAHL

DÜSSELDORF (ID) 30. August Mit Datum vom 19.8.1976 erhielt der Mitarbeiter des WDR, Armin Kerker, die nachstehende Antwort des Landgerichts Düsseldorf auf seinen 5 Wochen zuvor gestellten Besuchsantrag für P.P. Zahl; für einen Beitrag in der „Radiothek" (WDR) über den Schriftsteller Zahl sollte mit ihm ein Gespräch über seine literarische Arbeit (das natürlich die Bedingungen ihrer Entstehung mitbeinhaltet) geführt werden. Ergebnis:

„Sehr geehrter Herr Kerker! Ich bedaure, Ihrem Antrag auf Erlaubnis für die Aufnahme eines Interviews mit dem Untersuchungsgefangenen P.P. Zahl zur Vorbereitung einer Rundfunksendung im WDR nicht entsprechen zu können. Es besteht nämlich die Gefahr, daß in diesem Interview die Haftbedingungen und die Fakten, die der noch nicht rechtskräftigen Verurteilung des Untersuchungsgefangenen zugrunde liegen, unrichtig und tendenziös dargestellt werden, so daß die Öffentlichkeit ein falsches Bild vom Vollzug der Untersuchungshaft und von dem Verhalten enthält, das zu der Verurteilung des Untersuchungsgefangenen durch das Schwurgericht geführt hat. Wie groß diese Gefahr ist, macht im übrigen der Artikel in der „Frankfurter Rundschau" vom 24.7.1976 von Wilfried F. Schöeller mit dem Titel „Von der stummen Beredtheit des Verschweigens" deutlich, der sich mit dem Untersuchungsgefangenen Zahl und seinem Rechtsfall befaßt. In diesem Artikel, der auf Informationen des Untersuchungsgefangenen Zahl beruht, werden Art und Umfang des Verhaltens von Zahl, das zu seiner Verurteilung führte, mit einseitiger Tendenz verniedlicht. Auf diese Weise wurde der Öffentlichkeit ein unrichtiges Bild von dem vermittelt, was Gegenstand der Urteilsfindung vom Schwurgericht war. Darüber hinaus haben die Staatsanwaltschaft und der Leiter der Justizvollzugsanstalt Köln gegen das geplante Interview auch Bedenken aus § 6 der Richtlinien für die Zusammenarbeit mit der Presse (A.V. des Justizministers vom 1. Juli 1974 (1271 - P 252) erhoben.

Hochachtungsvoll Monschau, Vorsitzender Richter am Landgericht."

DOKUMENTATION ÜBER ULRIKE MEINHOF ERSCHIENEN

Eine zusammenfassende Dokumentation über die Verhaftung, Haftbedingungen und den Tod von Ulrike Meinhof ist jetzt unter dem Titel *Ulrike Meinhof – Ein Selbstmord?* erschienen.

Sie wurde anläßlich einer Pressekonferenz in Stuttgart am 26.August an die Unterzeichner der Forderung nach einer Internationalen Untersuchungskommission zum Tod von Ulrike Meinhof von der Schwester Ulrikes, Wienke Zitzlaff, verschickt. Herausgeber und Bezugsquelle ist das Antifaschistische Komitee, Am Grün 28, 3550 Marburg, Christian Möller.

DOKUMENTATION ÜBER ZENSUR IN DER BRD

BERLIN (ID) 17. August "Eine Gesellschaft wird dichtgemacht" – dies ist der Titel einer soeben erschienen ausführlichen Dokumentation über exemplarische Fälle praktischer Zensur in den Bereichen Bildende Kunst, Literatur, Kindermedien, Theater, Rundfunk, Fernsehen, Film, Presse, Verlage, Druckereien und Knast innerhalb der letzten 5 Jahre und vom Widerstand dagegen. Dies Vorhaben ging aus von der Berliner ‚Initiative gegen die Zensur', die anläßlich der Verabschiedung der Maulkorbparagraphen 130a/88a von einigen Projekten des Berliner Verbandes des Linken Buchhandels ins Leben gerufen wurde.

Das Buch ist äußerst knapp kalkuliert, es müssen nahezu alle Exemplare verkauft werden, um überhaupt die Kosten zu decken; die Autoren verzichteten auf jegliche Honorare und die beiden Vertriebe und die Kollektiv-Buchhandlungen gewähren unüblich geringe Rabatte. Sollten Überschüsse erzielt werden, so werden diese zur Unterstützung des Kampfes gegen die Zensur verwandt.

Veröffentlicht bei: Das Politische Buch, Buchladen und Verlag GmbH, Berlin ab September 1976 im Buchhandel erhältlich. Seiten: 168, Preis: 9,– DM. Vertrieb: Maulwurf-Buchvertrieb GmbH Waldemarstraße 24, 1000 Berlin 36 (für die PLZ 1, 2 und 8), Prolit-Buchvertrieb, Dammstraße 11, 6300 Gießen (für die PLZ 3, 4, 5, 6, 7).

AUTONOME MEDIENARBEIT FÜR AUTONOME GRUPPEN

MÜNCHEN (ID) 31.August Das „Zentrum für audiovisuelle Öffentlichkeitsarbeit e.V." (AVZ) hat einen Katalog veröffentlicht, in dem eine Reihe von Tonbildserien vorgestellt werden. Zu den inhaltlichen Vorstellungen von Medienarbeit schreiben die Leute vom AVZ:

„...Die Arbeit des AVZ München orientiert sich an der Aufgabe, ein adäquates Verhältnis zwischen politischen Inhalten und Kommunikationsformen zu entwickeln. Das bedeutet u.a., die Aufhebung der herkömmlichen Trennung in Hersteller, Verteiler (Medienzentralen) und Anwender (Besteller) von Massenmedien.

Ziel ist die Herstellung einer neuen Art von Öffentlichkeit, in der 1. die Betroffenen selbst zu Wort kommen, in der 2. die Betroffenen und die Rezipienten mitbestimmen, wie Medien zum Einsatz kommen, und in der 3. ein konstantes feed-back möglich ist – auch aus den entferntesten Einsatzorten.

Das AVZ München produziert und vertreibt engagierte Medien über Länder der Dritten Welt, in denen vor allem die nationalen Befreiungsbewegungen zu Wort kommen, deren Stimme von den öffentlichen Massenmedien in der Regel systematisch unterdrückt wird. Im Kontakt mit den nationalen Bewegungen Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und Südeuropas bzw. in Koproduktion mit Freundschaftsgesellschaften und Komitees in der BRD wird produziert und der Verleih organisiert. Wenn eine persönliche Einsatzbegleitung nicht möglich ist, liefern Gruppen ein Einsatzprotokoll. Auf der Grundlage der Einsatzberichte und -erfahrungen findet eine permanente Überarbeitung des Verleihprogramms statt..."

Bestellungen und Anfragen an: Zentrum für audiovisuelle Öffentlichkeitsarbeit e.v.; Clemensstraße 120, D-8000 München40, Telefon: 089 / 3003058



EINE DOKUMENTATION GEGEN DIE NACHRICHTENSPERRE

FRANKFURT (ID) 1.September — Die Bewohner und Mitarbeiter des selbstverwaltetens Jugendwohnheims ‚Bischof Dirichs', Ziegelhüttenweg, haben eine Dokumentation herausgegeben, worin die Zustände unter dem ehemaligen Leiter Heinrich Plum veröffentlicht werden. Als gleichzeitiger Geschäftsführer des privaten Trägervereins, der von der katholischen Kirche finanziert wird, hatte der Leiter in jahrelanger Mißwirtschaft, Unterschlagung und mit Züchtigungen regiert. Weder die Kirche als Träger, noch die städtische und Landes-Heimaufsicht hatte eingegriffen.

Die Heimvollversammlung vermutet, daß auf einer Sitzung von verschiedenen Ämtern der Stadt, des Landes und des Trägers eine faktische Nachrichtensperre beschlossen wurde. Zumindest schweigen Presse und Funk seither. Dazu und zur Geschichte des Konflikts ein Bericht aus der Sicht der Jugendlichen und Mitarbeiter im nächsten ID!

WIE 'BILD AM SONNTAG' TERRORISTEN MACHT

BONN (ID) 18.August — Am 15.8.76 veröffentlichte .Bild am Sonntag' diesen Artikel:

Anarchistin Weber in Bonn entdeckt.
- von Friedemann Weckbach-Mara -

In der Bundeshauptstadt muß mit einem Terroranschlag gerechnet werden. Die Baader-Meinhof-Anarchistin Gabriele Weber spionierte und fotografierte, wie Bild am Sonntag gestern erfuhr, am Mittwochabend gegen 18.30 Uhr auf dem Gelände des Bonner Justizministeriums und dessen Kindergarten.

Der Pförtner Kurt Grein (36) schöpfte Verdacht, als er sah, wie zwei Frauen in Gammel-Kleidung den mit Stacheldraht gesicherten Kindergarten beobachteten und fotografierten: „Die Kameras sahen besser aus als die Damen samt ihrem alten VW. Da wollte ich doch mal wissen, was die da machen." Bevor er die Frauen ansprechen konnte, ergriffen sie die Flucht. Doch Grein identifizierte eine der beiden aus den Fahndungsbüchern: Anarchistin Gabriele Weber. Die sofort eingeleitete Großfahndung blieb ergebnislos.
Ein Polizeisprecher in Bonn zu Bild am Sonntag: „Jetzt fahnden wir bundesweit".

Nachdem Gaby Weber am folgenden Tag den Zeitungsartikel gelesen hatte, ging sie zu einer Polizeiwache und erfuhr, daß sie nicht gesucht werde.

In einer Erklärung stellt sie richtig:
„Das Bonner Justizministerum hat für die Angestellten des Ministeriums einen eigenen Kindergarten eingerichtet, der nach aussen mit dicken Stacheldrahtrollen abgeschirmt ist und vor dem mit MPs bewaffnete Grenzschützer stehen. Hinter dem Stacheldraht ist eine bunt bemalte Wand — hier dürfen die Kinder ‚spielen'! Da ich an diesem Kindergarten zufällig vorbeikam, wollte ich hiervon ein Foto (ich arbeite u.a. als Journalistin) machen, was jedoch nicht klappte, da ich das richtige Objektiv für meinen Fotoapparat nicht dabei hatte. Als mich ein Grenzschützer dann darauf aufmerksam machte, daß man hier nicht fotografieren dürfe, stieg ich wieder ins Auto und wollte abfahren, als ich sah, daß ein Mann mit einem Walkie-Talkie (der ‚Pförtner') auf mich zukam. Ihm gegenüber wies ich mich aus und fragte ihn, wo ich eine Photographie-Erlaubnis erhalten würde. Dann fuhr ich nach Hause, wo ich noch am selben Abend mehreren BKA-Beamten die die letzte Hausdurchsuchung bei mir durchgeführt hatten,auf der Straße begegnete.

Wenn die ‚Bild am Sonntag' also schreibt, nach mir würde gefahndet, ist das eine Lüge. Wenn sie schreibt, es wäre mit einem Terroranschlag zu rechnen, ist das eine Verleumdung. Ich habe eine Gegendarstellung verlangt.

Warum so eine Hetze?
Einen derartigen Bericht als einmalige Falschmeldung oder als Fehlinformation darzustellen, würde dieser Sache nicht gerecht werden. Er hat eine Funktion, die sich zum einen gegen mich persönlich richtet: nachdem man mich im April dieses Jahres unter der Anschuldigung eines Raubüberfalls einige Wochen in Untersuchungshaft gehalten hatte, nachdem in verschiedensten Formen vom Staatsschutz gegen mich intrigiert wurde, versucht man nun, mir einen Terroranschlag ausgerechnet gegen einen Kindergarten (!) zu unterstellen.
Zum anderen richtet sich diese besonders widerliche Form der psychologischen Kriegsführung gegen die revolutionäre Linke im Allgemeinen, da durch derartige Meldungen versucht wird, die Linken als blutrünstige, kindesentführende und menschenverachtende Monster hinzustellen."

DIE BILD-ZEITUNG BALD AUS PERSIEN ?

WESTBERLIN (ID) 7. Juli — Das faschistische Schah-Regime und die Gewalt des Axel-Springer-Konzerns, das waren die ersten Angriffspunkte der Studentenrevolte. Auf ganz profane Weise kam jetzt vor Gericht heraus, daß das beides vielleicht schon bald dasselbe ist. Wie nicht anders zu erwarten war, ging es ums Geld. Konkret um Gelder, die der Axel-Springer-Verlag einem Mittelsmann für seine Verhandlungen mit dem Schah von Persien um einen finanziellen Einstieg des Schahs in den Verlagskonzern nicht zahlen will.

Vor dem zweiten Zivilsenat des Berliner Kammergerichts streitet der Berliner Kaufmann Alfred Specht gegen den Springer Verlag um einen Aufwandsersatz von insgesamt 700.000 Mark. Diese Summe will Specht ausgegeben haben für seine Fahrten in die Schweiz und die Zahlung von Mittelsmännern, um dort mit dem Schah über eine Beteiligung am Springer Verlag zu verhandeln. Das Verlagshaus Springer bestreitet jedoch heftig, daß der Kaufmann Specht jemals einen Auftrag zu Verhandlungen mit dem Schah gehabt hat. Es gäbe kein Angebot an den Iran. Rätselhaft ist jedoch nach dieser Aussage, weshalb der doch so geschäftstüchtig Springer dem Kaufmann dennoch schon kurz vor Prozeßbeginn über 23.000 Mark zahlte für Reiseauslagen und den Aufkauf eines sogenannten Firmenmantels in Genf.

Die Version des Kaufmanns erscheint dagegen schlüssiger. Er besteht weiter auf seinem Geld. Es sei ganz klar, daß Springer solche Verhandlungen jetzt abstreiten würde. Tatsächlich sei die ganze Aktion auch im Hause Springer nur wenigen Eingeweihten bekannt gewesen. Die Beteiligung des Schahs sei auch nicht offen geplant gewesen, sondern auf dem Wege über einen Schweizer Bankenpool. Die interne Übereinkunft sei auch fast zustande gekommen. Im August sei Springer deshalb auch nach Zürich gereist, wo er den Schah sprechen wollte. Der Schah sei jedoch aus innenpolitischen Schwierigkeiten nicht gekommen.

Ob das Geschäft inzwischen nicht doch heimlich über die Bühne gegangen sei, ist nicht bekannt. Der nächste Termin in dem Rechtsstreit ist am 25. Oktober. Hier soll Axel der Große selber in einem Beweisbeschluß aussagen.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

HAMBURGER SENAT UND JUSTIZ VERFOLGEN STRAFRECHTLICH, WER VON „BERUFSVERBOTEN" SPRICHT

HAMBURG (ID) 24. August „Im zeitlichen Zusammenhang mit einer bundesweiten Durchsuchungsaktion der Bundesanwaltschaft gegen „linke" Buchläden hatte das Amtsgericht Hamburg durch Beschluß vom 26.7.76 die Durchsuchung der Betriebsräume des Verlags „Arbeiterkampf" angeordnet. Ziel der Aktion war die Beschlagnahme von Plakaten, auf denen unter der Überschrift „Berufsverbote" zahlreiche Namen der vom Radikalenerlaß betroffenen stehen. Die graphische Gestaltung dieses Plakats ist an das bekannte SPD-Wahlplakat mit der Parole „Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland" angelehnt. In der Begründung des Gerichtsbeschlusses heißt es:

„Die Verbreitung dieses Berufsverbote-Posters verstößt gegen die Vorschriften der §§ 185 ff. StGB."

Gegen Rechtsanwalt U. Maeffert ermittelt die Staatsanwaltschaft Hamburg ebenfalls unter dem Verdacht der §§ 185 ff. StGB wegen folgendem, ihm zugeschriebenen Satz :

„Mit Beschluß vom 26.9.75 hat das Gericht den Berufsverbotsbeamten des Hamburger Senats aufgegeben ..."

Der Begriff „Berufsverbotsbeamte" ist etwa so verwendet worden wie ein Richter, der berufsmäßig Strafurteile verhängt, im allgemeinen Sprachgebrauch als „Strafrichter" bezeichnet wird, ohne daß deshalb je ein Beleidigungsprozeß geführt wurde.

Beide Ermittlungsverfahren sind daher nur denkbar auf der Grundlage, daß die politischen Institutionen die Existenz der Berufsverbote in diesem Staat überhaupt bestreiten wollen. Angesichts der Tatsachen und der zunehmenden Kritik aus dem In- und Ausland ist dieses Bestreiten schon erstaunlich. Die strafrechtliche Verfolgung gegen die Behauptung von der Wahrheit des politischen Berufsverbots aber ist ein beispielloser Angriff auf die Kritik an diesen Berufsverboten.

Ob bei diesem mit dem Mittel des Straf- und Strafverfahrensrechts verhängten Verbot, vom „Berufsverbot" zu sprechen, der Senat und die Staatsanwaltschaft schließlich mit zweierlei Maß urteilen werden, wird sich bei der Behandlung einer Strafanzeige von drei Polizeibeamten gegen den kommunistischen Lehrer Gerd Heide im Mai 1975 zeigen. In dieser Strafanzeige vom 12.5. 1976 heißt es eingangs:

„Herr Heide erhielt aufgrund eines Senatsbeschlusses der Hansestadt Hamburg Berufsverbot als Lehrer ..."

Wir haben das Senatsamt von dieser Strafanzeige unterrrichtet, damit es Gelegenheit hat, die Strafverfolgung durch Anzeige und Strafantrag einzuleiten. Das Unterlassen aber eines Vorgehens gegen die Beamten wird zeigen, daß die beiden Ermittlungsverfahren nicht schon die Verwendung des Begriffs „Berufsverbot", sondern ausschließlich die Kritik an den Berufsverboten durch Kriminalisierung ihrer Gegener ausschalten wollen. Nur wer gegen politische Berufsverbote ist, soll jetzt nicht einmal mehr von ihnen reden dürfen."

Anwaltsbüro Petra Ewe, Uwe Maeffert, Michael Neumann, 2102 Hamburg 93, Neuenfelderstr. 4.

ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN FÜR REFERENDARE – ERSTER SCHRITT ZUM ARBEITSDIENST

HAMBURG (ID) 31. August " In Hamburg gibt es zur Zeit 1.332 arbeitslose Lehrer, die meisten von ihnen wurden nach dem ersten Staatsexamen nicht ins Studienseminar aufgenommen und sind von der Weiterführung ihrer Ausbildung abgeschnitten. 600 im Volks- und Realschul-Bereich, 470 im Gymnasial-Bereich und 120 im berufsbildenden Bereich. Von den über 500 Kollegen im VR-Bereich, die im Februar und im Juli ihr zweites Staatsexamen gemacht haben, arbeiten ca. 300 mit einem Teilzeitvertrag auf einer halben Stelle; ca. 132 Kollegen sind ohne jegliche Arbeit. Der Senat hat dem Rest der Kollegen aus einem Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm 140 Stellen angeboten.

In Zusammenarbeit mit der Arbeits- und Sozialbehörde hat die Schulbehörde dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm, zur Verschleierung der Lehrerarbeitslosigkeit, vorgelegt; „Die Entlohnung sollte bei einem Stundensatz von 7,93 DM nach der Monatstabelle für Hamburger Arbeiter zwischen 360,- und 1.100,- Mark liegen. Das hätte für etliche Kollegen bedeutet, daß sie nun ein geringeres Einkommen hätten, als sie durch Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe empfingen. Bei Ablehnung des Arbeitsangebotes drohte den Betroffenen die Sperrung ihres Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe" (HLZ, 13/76, (Hamburger Lehrer Zeitung))

Die betroffenen Kollegen erhoben von Anfang an Protest gegen diese einer Zwangsverpflichtung gleichkommenden Maßnahmen. Sie taten sich zusammen und trugen ihren Protest gemeinsam mit den Teilzeitverträglern und Referendaren in Form einer dreitägigen Belagerung der Schulbehörde am 11., 12. und 13. August vor.

Innerhalb kürzester Zeit gingen von zahlreichen Kollegen Solidaritätsadressen und Geldspenden ein. Der GEW-Landesvorstand und der AJLE (Auschuß junger Lehrer und Erzieher) beteiligten sich leider nicht an der Aktion. In der Verhandlung mit der Behörde traten die Betroffenen geschlossen auf, sie ließen sich nicht einzeln durch Versprechungen einwickeln, jeder Schritt wurde gemeinsam abgewogen und festgelegt. Insgesamt haben 25 Kollegen die Maßnahmen grundsätzlich abgelehnt, nachdem in Verhandlungen mit dem Personalrat erreicht wurde, daß diesen Kollegen aus der Ablehnung keine Streichung der Arbeitslosenhilfe droht. Die übrigen Kollegen haben sich, teils aus Angst vor den Drohungen der Behörde (mit einer Ablehnung verschlechtern sich die Einstellungschancen) teils aufgrund ihrer Existenzangst dem Arbeitsprogramm gebeugt.

Die 25 Kollegen, die sich am entschiedendsten den unzumutbaren Maßnahmen der Behörden entgegengestellt haben, stehen quasi im Streik. Sie werden in ihrem Kampf nur sehr zögernd von der GEW unterstützt. Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung am 18. August wurde ein Beschluß gefaßt, der die GEW verpflichtet, eine Dokumentation der Betroffenen zu drucken und zu vertreiben. Eine Streikkasse gibt es bisher für die Betroffenen nicht. Ein Warnstreik aller Lehrer wurde mit 142 zu 79 Stimmen abgelehnt.

In der bürgerlichen Presse wurde in übler Weise gegen die streikenden Lehrer gehetzt: „Der Tag wird kommen, an dem diese 19 Junglehrer nicht mehr arbeitslos sind, irgendwann wird man sie einstellen – was werden diese jungen Leute unseren Kindern dann wohl beibringen, – daß man keine Arbeit annimmt, die man auch ablehnen kann, daß man fürs gleiche Geld oder ein paar Pfennige mehr besser arbeitslos bleibt. Klar zu sagen, auf solche Lehrer pfeifen wir . Sie haben ihr Examen zwar bestanden, aber als Pädagogen sind sie disqualifiziert" (natürlich BILD vom 17.8.76!).

Es läßt sich denken, daß Springer und Konsorten solche Lehrer nicht gebrauchen können, die nicht schon bei der ersten Erpressung nachgeben, sondern ihre Interessen in kämpferischer WEise verteidigen. Die sich auch nicht durch rührselige Geschichten „Kein Unterricht, eine ganze Klasse weinte" davon abbringen lassen. Denn sie sind nicht verantwortlich für die Situation an den Schulen. Durch Nachgeben gegenüber dieser Erpressung würde die Lage für einen Großteil der Lehrer und damit auch der Kinder verschlechtert werden.

Die Behörde versucht nun, andere arbeitslose Lehrer für diese Arbeit zu gewinnen, deshalb wird es darauf ankommen, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken und durch den Aufbau einer breiten Solidarität mit den arbeitenden Lehrern den Behörden einen Strich durch die Rechnung zu machen.

DIE STELLUNG DER GEW ZU DEN ARBEITSLOSEN

Die GEW hat es bisher abgelehnt, die Aktion der arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. Weiterhin verwehrt die GEW-Führung den arbeitslosen Kollegen mit dem ersten Staatsexamen das Recht auf volle Mitgliedschaft. Dazu kommt, daß der Hauptausschuß der GEW-Bund am 26.1.76 beschlossen hat, die Arbeitslosen alle drei Monate anzuschreiben und Auskunft einzuholen, wo sie beschäftigt sind, und wie viel sie verdienen. Wer aufgrund seiner

Arbeitslosigkeit einen anderen Job angenommen hat und mehr als 387,50 DM monatlich verdient, fliegt aus der GEW, muß einer anderen Einzelgewerkschaft beitreten und kann so mit nicht mehr organisiert in der GEW die Lehrerarbeitslosigkeit bekämpfen. Wir fordern alle Referendare auf, in ihren Betriebsgruppen und in den sonstigen GEW-Gremien sich entschieden für die Rücknahme dieser gegen die Arbeitslosen gerichteten Beschlüsse einzusetzen. Die Arbeitslosen können nur gemeinsam mit den eingestellten Kollegen die Arbeitslosigkeit, die für die beschäftigten Lehrer Mehrarbeit bedeutet, bekämpfen."

Kontaktadresse: Referendarvorstand am Hamburger Studienseminar, c/o Marlene Roehrich, Bei der Friedenseiche 6, 2000 Hamburg 50, Tel.: 38 69 43, unter dieser Adresse könnt ihr auch die Referandar-Zeitung gegen eine Mark in Briefmarken erhalten.

TERRORISTENUNTERBAU AUF BAYRISCH

REGENSBURG (ID)
1. September

Im März 1976 veröffentlichten die Soldatenkomitees von Regensburg, Bad Reichenhall und Mittenwald einen Vorschlag für eine Plattform unter dem Titel „Kämpft gegen Militarismus und Krieg" (siehe ID 121). Für diese Plattform zeichnete presserechtlich verantwortlich Angela Petersen aus Regensburg, die ebenfalls presserechtlich verantwortlich zeichnete für die Soldatenzeitung „Rührt Euch" des Regensburger Soldatenkomitees. Im Juli dieses Jahres erhielt der angebliche Sympathisant der RAF, Peter Paul Zahl, in der Strafvollzugsanstallt Köln einen privaten Brief, in dem sowohl ein Exemplar des Plattformvorschlages enthalten war, als auch ein Exemplar der Soldatenzeitung „Rührt Euch". Dieser private Brief wurde geöffnet und nicht ausgeliefert. Die Bundeswehr in Köln reagierte daraufhin mit einer Strafanzeige wegen Wehrkraftzersetzung und verfassungsfeindlicher Störpropaganda gegen die Bundeswehr (§§ 89 und 109b StGB), ohne dies inhaltlich für die „RührtEuch" und den Plattformvorschag zu begründen. Die Regensburger Kriminalpolizei machte daraus die „Bildung einer kriminellen Vereinigung" und ermittelte gegen die presserechtlich Verantwortliche wegen Verdachts gemäß § 129 StGB. Gleichzeitig wurde offenbar die Presse auf sehr seltsamen Wegen informiert. Wenige Tage nach Beginn der Ermittlungen erschien in der Regensburger Lokalpresse (Mittelbayrische Zeitung) ein Artikel („Terroristen haben auch in Regensburg Freunde..."), in dem man lesen konnte, man habe es hier mit einemTerroristenunterbau zu tun, der sich quasi von der Basis aus hochdiene. Für beklagenswert hielt es der Minister des Inneren, „daß man diesen Personenkreis bislang weder quantitativ noch qualitativ erfassen könne".

WIE DIE GESCHICHTE VOM GANZ NORMALEN GEFANGENEN WEITERGEHT

STARNBERG (ID)
2.September

Im ID 135 veröffentlichten wir einen Bericht über den „ganz ‚ganz' normalen Gefangenen" Dieter Grammon. Hier nun, wie's weiterging: „Die Reaktion der ID-Leser bestand aus 25 Briefen an Dieter, die allesamt beschlagnahmt wurden mit der einfachen Begründung (mündlich): Beleidigung gegen die Justiz". Aber trotz allem verfehlten diese Briefe doch nicht ihre Wirkung:

Dieter sollte für einen Tag Ausgang kriegen, das wurde ihm (ohne Begründung) gestrichen. Daraufhin erschien der Bericht über ihn im ID, dann die 25 Briefe und siehe da: die Justiz kriegte Schiß – sie genehmigten im letzten Augenblick doch noch den Ausgang. Und Dieter hat sich irrsinnig über die Reaktion der Leute gefreut – obwohl er ihnen leider nicht antworten kann, da er noch nicht einmal ihre Adressen hat. Aber um dem Arm der Zensur zu entgehen, haben wir uns entschlossen, den Briefschreibern und sonstwem, der sich für Dieter interessiert, eine andere Adresse anzugeben, an die er schreiben kann, wo Dieter sich dann beim Ausgang das Zeugs immer holen kann: Sanne Bauer
Reinarzstraße 40, 4150 Krefeld

NEUE FERNSCHREIBERGENERATION FÜR DEN BUNDESGRENZSCHUTZ

BONN (ID)
1.September

250.000 Mark kostet jedes der 200 Funksysteme, die der BGS bis zum Jahresende bekommen soll. Das sind die modernsten, die es zur Zeit gibt. Sie funktionieren unabhängig vom öffentlichen Fernschreibnetz und haben eine so geringe Stromaufnahme, daß sie auch in fahrenden Autos arbeiten können. Der Fernschreiber arbeitet elektronisch mit bis zu 800 Anschlägen in der Minute. Der Funkverkehr wird vollautomatisch codiert. Mitgehörtes kann angeblich nicht ausgewertet werden.

ZUR GRÜNDUNG DES INTERNATIONALEN RUSSEL–KOMITEES GEGEN DIE REPRESSION IN DER BRD

FRANKFURT (ID)
2.September

Zum Antirepressionskongreß des Sozialistischen Büros veröffentlichte die PSU (Parti Socialiste Unifié) einen Aufruf zur Gründung eines Internationalen Russel Kommitees. Diesem Aufruf haben sich inzwischen verschiedene Organisationen und Gruppen angeschlossen. An der Erstellung des Informations-Bulletins arbeitet eine Redaktion aus Mitarbeitern von: GIM-Gruppe internationaler Marxisten, KB (Kommunistischer Bund), dem ID und dem Sozialistischen Büro (SB). Kontakte zu anderen an der Mitarbeit interessierten Gruppen sind aufgenommen worden.

Alle, die dem Komitee beitreten wollen, die sich an der Arbeit beteiligen wollen, gleich auf welcher Ebene, sind dazu aufgefordert.

Das erste Bulletin wird voraussichtlich Mitte September erscheinen und in der BRD mit einer Auflage von 2000 Exemplaren vertrieben werden. Die Verbreitung im Ausland wird von der PSU übernommen.

Kontaktadresse: Internationales Russel-Komitee gegen Repression in der BRD; c/o Frankfurter Informationsdienst, 6 Frankfurt am Main, Postfach 900343

FRANKFURT (ID)
25.August

Aufruf der PSU (Frankreich):
Internationales Russel-Komitee gegen Repression in der BRD aufbauen

„Die wiederholten und systematischen Angriffe auf die fundamentalen Freiheiten in der BRD beginnen die internationale öffentliche Meinung zu alarmieren, und das trotz des relativen Boykotts durch die bürgerliche Presse und die Massenmedien in den meisten westeuropäischen Ländern.

Eine unbestimmte Zahl von Komitees gegen die Repression in der BRD wurde in diesen Ländern gegründet. Sie haben sich als Aufgabe gestellt, ihre Mitbürger über die Gefahren zu informieren, die der westdeutschen Demokratie drohen und ihr Gespür dafür zu schärfen. Die verlegenen Reaktionen von Schmidt und Brandt bezeugen, daß bereits Resultate durch diesen äußeren Druck erzielt wurden. Insgesamt müssen wir festellen:

1. Die Mehrheit der Komitees und andere Kampforgane spiegeln die Differenzen in der Analyse der westdeutschen Situation wider und haben noch nicht ermöglicht, daß eine tiefergehende Diskussion stattfindet.

2. Es besteht die große Gefahr, daß die Berufsverbote durch Verfahrensmaßnahmen widerrufen werden, während ihre tatsächliche Praxis unter der Hand weiterbetrieben wird.

3. Die äußeren Streitigkeiten wurden vor allem über die Berufsverbote im Öffentlichen Dienst ausgetragen. Aber diese Bewegung enthält Risiken korporatistischer Natur (d.h. daß die Bewegung eng begrenzt ist auf den Kampf gegen die Berufsverbote – Anm.)

Wir weisen nachdrücklich auf die Tatsache hin, daß die Berufsverbote Teil einer globalen Strategie der BRD-Regierung sind, die darauf gerichtet ist, von jetzt an alle Versuche der Arbeiterklas-

se auf politische Organisierung zu liquidieren. Diese repressive Strategie zeigt sich genauso im Verbot der Propagierung von Gewalt, in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der Gewerkschaften, in den Haftbedingungen und der Isolierhaft in den Gefängnissen usw.

Alle diese Bemerkungen führen uns zum Nachdenken darüber, daß es notwendig ist, das Niveau und die gegenwärtigen Formen der internationalen Mobilisierung zu überschreiten.

In diesem Sinne schlagen wir vor, eine genügend flexible und offene Struktur zu schaffen, ohne politische Ausschlüsse. Ein Russel-Komitee wird besonders dazu imstande sein, Initiativen zu ergreifen, um über das sicher wichtige Stadium der Petitions-Kampagnen hinauszugehen.
Dieses Russel-Komitee über die BRD sollte sich z.B. vornehmen:

- Untersuchungskommissionen einzurichten...
- Informationen anzusammeln und Tatsachen zu veröffentlichen, die die Repression in der BRD betreffen usw....

Die westdeutschen Genossen, die zweifelsohne am besten dazu in der Lage sind, sollten in einem einheitlichen Rahmen ein zweimonatliches Bulletin erstellen, dessen Übersetzung und Verbreitung von den nationalen Russel-Komitees in ihren jeweiligen Ländern sichergestellt werden müßte.

Da diese Initiativen sehr schnell ergriffen werden müssen, ist es wünschenswert, daß die betreffenden Parteien sich nicht darauf beschränken, eine lediglich formelle Zustimmung abzugeben, sondern sie sollten ab sofort die größtmögliche Zahl moralischer, intellektueller und religiöser Persönlichkeiten kontaktieren, die für die Unterzeichnung eines internationalen Aufrufs zur Schaffung eines Russel-Komitees über die BRD in Frage kommen.

In Erwartung eurer Antwort möchten wir euch, liebe Genossen und Genossinnen, unsere sozialistischen Grüße übermitteln."

SPANISCHER KOLLEGE ENTLASSEN SOLIDARITÄTSKAMPAGNE

BOCHUM (ID) 31. August

Der bei Opel-Bochum arbeitende spanische Kollege Rafael Sanchez-Duran ist zum 6. August gekündigt worden. Die Geschäftsleitung wirft ihm vor: „Seit Ihrer Einstellung am 8.3.1976 haben Sie folgende Ausfallzeiten infolge Krankheit zu verzeichnen: 6.4.1976 – 20.4.1976; 1.7.1976 – 9.7.1976. Ferner haben Sie durch Ihr Verhalten auf der Betriebsversammlung am 24.6.1976 Gründe geliefert, die die Auflösung des Arbeitsverhältnisses erforderlich machen.

Mit Ihrem Diskussionsbeitrag haben Sie Unwahrheiten und Verleumdungen verbreitet, die den Tatbestand der Hetze und Aufwiegelung erfüllen.

Wir sehen uns nach diesem Vorfall außerstande, das Arbeitsverhältnis mit Ihnen fortzusetzen und kündigen deshalb den mit Ihnen geschlossenen Arbeitsvertrag fristgemäß zum 6. August 1976."

(Der Betriebsrat hat der Kündigung nicht zugestimmt.)
Der Kollege hatte es gewagt auf der Betriebsversammlung zwei heisse Eisen anzupacken:

- die Sonderschichten
- die Funktion der Betriebsversammlung.

Diese Rede – die wir anschließend veröffentlichen – führte zu seiner Entlassung. Allerdings erst nach vier Wochen, in den Werksferien, um die solidarische Unterstützung der anderen Kollegen zu blockieren.

„Keine einzige Überstunde! Keine Sonderschichten!"

„Ich will mit dem, was ich zu sagen habe, ein wichtiges Problem zur Sprache bringen, ein Problem, das uns alle betrifft und über das wir häufig diskutieren: Das Problem der Sonderschichten. Was bedeuten Sonderschichten für uns? Sonderschichten bedeuten zuallererst einmal, daß wir den arbeitslosen Kollegen in den Rücken fallen, obwohl jeder einzelne von uns auch arbeitslos sein könnte, d.h. die Arbeitslosigkeit unser aller Feind ist.

Es gibt heute in der BRD rund 1 Million Arbeitslose, und diese Tatsache bedeutet für uns Arbeiter:

1. Eine verschärfte Disziplinierung am Arbeitsplatz
2. Eine Steigerung des Arbeitstempos
3. Spaltung unserer Kraft, und das bedeutet insgesamt eine Schwächung unserer Position gegenüber den Unternehmern.

Arbeitslosigkeit bedeutet, daß die Interessen der Arbeiter zersplittert werden, daß die Einheitlichkeit der Interessen zerstört ist. Und das aus ganz einfachen Gründen: Einmal haben die Arbeitslosen ein Interesse, einen Arbeitsplatz zu bekommen und sind deshalb bereit, für weniger Lohn zu arbeiten und jede Arbeit anzunehmen. Zum anderen wollen wir, die einen Arbeitsplatz haben, diese Arbeit zu behalten und sind deshalb bereit, mehr und schneller zu arbeiten, den Mund zu halten, kein Geld zu fordern und uns diszipliniert zu verhalten.

Es kommt also zu entgegengesetzten Interessen unter den Arbeitern, und das Vorhandensein von zwei gegensätzlichen Positionen nützt zweifellos den Unternehmern. Man kann jetzt sagen: Ja, ich kann ja sowieso nichts gegen die Arbeitslosigkeit tun.

Und ich sage, wir können viel machen!

Ihr könnt Euch wahrscheinlich kaum vorstellen, wieviele Kollegen statt der Sonderschichten eingestellt werden könnten. Durch jede einzelne Sonderschicht könnten 50 Kollegen für ein Jahr beschäftigt werden. Ihr werdet Euch nicht vorstellen, daß die 21 Sonderschichten, die Opel bis jetzt beantragt hat, 2,2 Millionen Arbeitsstunden bedeuten, und das heißt 1000 Arbeitsplätze bei Opel für ein Jahr.

Man kann sich natürlich fragen, warum die Firma Opel keine Arbeiter einstellt. Das ist eine ziemlich plumpe Frage,

1. weil Opel natürlich wie jedes Unternehmen ein großes Interesse an der Arbeitslosigkeit hat. Warum, das habe ich eben ausgeführt.
2. weil die Sonderschichten mit eingearbeiteten Teams gemacht werden, die vollen Arbeitsrythmus garantieren,
3. weilwir durch diese Sonderschichten die Illusion behalten sollen, daß wir nicht 1300 oder 1400 DM verdienen, sondern wesentlich mehr,
4. weil für uns sowieso schon Abgaben gezahlt werden und wir deshalb viel billiger sind.

Kurz gesagt liegt die Arbeitslosigkeit im Interesse der Unternehmer, denn sie ziehen ihre Vorteile daraus und die arbeitslosen Kollegen werden sowieso von uns bezahlt. Ihr habt ja selbst gemerkt, wie gerade in letzter Zeit die Beiträge der Arbeitslosenversicherung erhöht wurden, was ganz sicher bedeutet, daß bei fortdauernder Arbeitslosigkeit auch die Beiträge wieder steigen. Gerade in dieser Hinsicht können wir nur das Interesse haben, die Arbeitslosigkeit zu beenden.

Doch wir tun genau das Gegenteil!!

Wir klauen jeden Samstag 50 arbeitslosen Kollegen einen Arbeitsplatz für ein Jahr! Natürlich weiß ich, daß wir Samstags nicht zum Vergnügen hierher kommen, daß wir alle in derselben Situation stekken, daß wir alle mit 1300 bis 1400 DM nach Hause gehen und wie in meinem Fall mit 4 Kindern und 500 DM an Miete kann ich nur lachen, wenn die Unternehmer und selbst die Betriebsräte immer sagen: Da ist nichts zu machen, die Leute wollen arbeiten, sie melden sich sogar freiwillig. Bei 1400 DM monatlich macht man aber keine Sonderschichten freiwillig, sondern gezwungenermaßen. Und deshalb heißt die Frage, wie wir zu mehr Lohn kommen.

Meiner Meinung nach ganz sicher nicht dadurch, daß wir samstags arbeiten. Damit lösen wir höchstens zeitweilig unsere Probleme. Gleichzeitig vergrößern wir aber die Arbeitslosigkeit, zersplittern uns und schwächen natürlich unsere gemeinsame Position gegenüber den Unternehmern. Solange es Arbeitslosigkeit gibt, haben wir keine Chance, von den Unternehmern mehr Geld zu erzwingen. Und deshalb ist die einzige mögliche Antwort:

- keine einzige Überstunde !!
- keine Sonderschichten!!

im Gegenteil: runter mit dem Arbeitstempo und Schaffung neuer Arbeitsplätze für unsere arbeitslosen Kollegen!

Nun ist mir auch klar, daß wir damit unsere wirtschaftlichen Probleme nicht gelöst haben. Wir haben damit auch nicht erreicht, daß auf einmal alle Sonderschichten verweigert würden, weil eben der Mehrheit der Kollegen diese Zusammenhänge nicht klar und bewußt sind.

Das bedeutet nur, daß wir unsere materielle Situation entschieden ändern müssen, daß für jeden einzelnen von uns die Sonderschichten überflüssig werden. Ich meine, daß unsere materielle Situation sich schon geändert hätte, – wenigstens bis zu einem gewissen Grade – wenn die Forderung des Vertrauensleutekörpers in den Tarifverhandlungen von 220 DM für alle durchgesetzt worden wäre. Mich wundert nicht, daß diese Forderung nicht durchgesetzt werden konnte, denn niemand, ich sage ausdrücklich niemand, in diesem Betrieb hat sich für diese Forderungen eingesetzt. Es war einfach zum Weinen, wenn man sehen mußte, wie die Kollegen während des Tarifkampfes in den verschiedenen Abteilungen über Fußball, Frauen, ihr letztes Auto oder sonst einen Mist redeten, nur nicht von dem, was gerade ablief. Wie glaubt ihr denn, können wir Forderungen durchsetzen? Indem die Vertrauensleute der Gewerkschaft Vorschläge machen? Nein Kollegen, sicher nicht. Wir hätten uns von Anfang an dahinter klemmen müssen, hätten den Vertrauensleuten und der Gewerkschaft ein klares Mandat geben müssen. Bei Nichterfüllung unseres Auftrages hätten wir uns überlegen müssen, wie wir diese Forderung durchbekommen können, wir selbst, mit unserem höchstpersönlichem Einsatz.

Nun, ich meine, es ist noch nicht zu spät.

Die 5,4% können unsere materielle Lage sowieso nicht ändern und die allgemeine Laberei von der Krise und vom Ertragsrückgang bringt uns auch nichts.

Die Firma Opel hat 1975 ein Bombengeschäft gemacht! Dieses Bombengeschäft legt sie in ihrer eigenen Bilanz öffentlich dar. Laut Bilanz hat jedes führende Mitglied des Unternehmens einen durchschnittlichen Stundenlohn von 121 DM erhalten, hat jeder einzelne Arbeiter und Angestellte bei Opel im vergangenen Jahr 14 Autos produziert, d.h. mehr als ein Auto pro Monat und hat die Firma nicht zuletzt 578 Millionen DM Gewinn gemacht. Könnt ihr euch das vorstellen? 578 Millionen bedeuten, daß täglich fast 3 Millionen DM aus uns rausgeholt worden sind. Es wäre also für die Firma ein leichtes gewesen, unsere Forderung nach 220 DM zu erfüllen. Doch das liegt nicht im Interesse der Unternehmer. Nicht etwa wegen der paar Mark, sondern vor allem deshalb, weil eine etwas bessere materielle Lage keinen von uns samstags hierher zu den Sonderschichten brächte, weil damit die Arbeitslosigkeit verringert würde und weil unsere Position wesentlich gestärkt worden wäre. Das sind die eigentlichen Gründe!

Nun, die Realität sind 5,4%. Und dazu meine ich folgendes: Wir, die Belegschaft, alle Kolleginnen und Kollegen, wir sind die Gewerkschaft, wir handeln aber nicht als Gewerkschaft. Wir lassen für uns handeln von Leuten, die im allgemeinen in gesicherten Verhältnissen leben, die nicht jeden Tag um 1/2 5 aufstehen müssen, die nicht mehr täglich ihre Arbeitsklamotten vollschwitzen müssen, kurz, von Leuten mit Schlips und Kragen, die von unseren Problemen am Arbeitsplatz und zu Hause keine Ahnung haben. Diese Leute werden so weiterhandeln, wenn wir nichts gemeinsam dagegen unternehmen.

Nun was kann man machen?

Ich denke, daß es schwierig sein wird, denn ich weiß, daß die meisten Kollegen es sich abgewöhnt haben, selbst zu entscheiden, sich selbst zu organisieren und zu handeln. Ich weiß, daß die Angst um den Arbeitsplatz groß ist, die Angst, den Mund aufzumachen, noch größer, ich weiß, daß die Kontrolle von oben perfekt ist und uns unter Druck setzt.

Eine Möglichkeit sehe ich, und zwar die Möglichkeit dieser Belegschaftsversammlung und aller zukünftigen Belegschaftsversammlungen. Es muß ein für alle Mal abgeschafft werden, daß in Belegschaftsversammlungen die Herren Betriebsräte uns irgendwelche Geschichten erzählen und danach jeder frustriert an seinen Arbeitsplatz oder nach Hause geht. Die Belegschaftsversammlungen müssen Diskussions- und Entscheidungsorgane werden. Wir müssen in den Versammlungen den Gewerkschaftsvertretern ein klares Mandat erteilen. Wir müssen deshalb in den Versammlungen auch zu Abstimmungen kommen, aus denen unser Wille hervorgeht. Nur so können wir uns über unsere gemeinsamen Interessen klar werden, können unsere Einheit und Kraft entwickeln. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, will ich am Ende meiner Rede die Forderungen zur Abstimmung bringen, die ich in meinem Beitrag aufgestellt habe. Diese Abstimmung sollte von der Gewerkschaft als ein klares Mandat begriffen werden. Ich bitte jeden, der mit den einzelnen Forderungen, die ich jetzt noch einmal vorlesen werde, einverstanden ist, seine Hand zu heben:

- keine einzige Überstunde
- keine Sonderschichten
- für die Schaffung neuer Arbeitsplätze für unsere arbeitslosen Kollegen
- 220 DM lineare Lohnerhöhung für alle und zwar rückwirkend vom ersten März

(Die Forderungen wurden von ca. 70% der anwesenden Kollegen angenommen.)

Die „Gruppe Oppositioneller Gewerkschaftler" (GOG) schreibt dazu in einem Flugblatt:

„Sieben Punkte der Rede waren nach Meinung der Geschäftsleitung mit der Arbeitsordnung der A. Opel nicht vereinbar.
– 578 Mio DM sind nicht vom Himmel gefallen, sondern mit Zuchthausmethoden aus den Leuten herausgepresst worden."
– „17000 Menschen müssen hier unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten."
– „Ein Opel-Arbeiter: morgens ißt er Brot, mittags sieht er rot, abends ist er tot."
– „Welches Grün ist schöner, Meisterkittel oder Wiese? Ihr wißt es schon Kollegen, welches Grün schöner ist."
– „Die Preisgestaltung der Firma Babeg ist eine Erpressung."
– „90% der Kündigungen bei Opel werden wegen häufiger Fehlzeiten ausgesprochen."
– „Zur Zeit herrscht bei Opel ein Krankenstand von 13%, das ist der höchste Krankenstand seit 14 Jahren. In den einzelnen Abteilungen ist der Krankenstand 20% und höher."

Mit den Augen der Belegschaft betrachtet ist keiner dieser Punkte ein Verstoß gegen die Arbeitsordnung."....

„Diese beiden Fälle (neben der Entlassung von Rafael Sanchez war der Kollege Klaus Schmitz, Mitglied des Betriebsrats, wegen der gleichen ‚Vergehen' schriftlich verwarnt worden. Anmerkung) zeigen uns in aller Offenheit, wie sehr die Geschäftsleitung bemüht ist, das demokratische Recht der Meinungsäußerung auf einer Belegschaftsversammlung zu zerstören. Es geht hierbei nicht um einzelne Personen, sondern um das freie Rederecht aller Belegschaftsmitglieder. Denn nur die Belegschaftsversammlung bietet breiten Teilen der Belegschaft die Möglichkeit, alle Probleme und berechtigte Forderungen den Opel-Herren vorzutragen."

Die GOG fordert alle Kollegen auf, durch Unterschrift und Initiative eine außerordentliche Betriebsversammlung zu erzwingen, um diesen Angriff gegen alle abzuwehren. Die gemeinsamen Forderungen sind:
Sofortige Widereinstellung von Rafael Sanchez
Rücknahme der Verwarnung gegen Klaus Schmitz
Nachschlag her. 150,– DM im Monat mehr.
Arbeitszeit von 6.00 bis 14.00 und 14.00 bis 22.00 mit bezahlten Pausen
Einrichtung einer Klimaanlage
Abschaffung von Sonderschichten und Überstunden
Ausreichender Lohn bei 40 Stunden
Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit

Am 1. September ergibt sich folgendes Bild: bisher sind über 1.000 Unterschriften für eine außerordentliche Betriebsversammlung gesammelt worden. Notwendig sind ca. 4.700 (Bei einer Belegschaft von über 18.000). Die Sammlung geht gut voran, obgleich viele Kollegen Muffe haben, auch rausgeschmissen zu werden. Am 25. September ist die nächste reguläre Betriebsversammlung.

Schickt Solidaritätsadressen an: Opel-Solidaritätskommittee, c/o ESG Uni-Center, 463 Bochum.

Gegen die Kündigung ist Klage beim Arbeitsgericht erhoben worden. Für die Prozeßkosten und zur Unterstützung von Rafael und seiner Familie, spendet bitte. Konto: Westfalenbank Bochum Nr. 906964.

FLOTT, FLOTT ... BANKROTT!

WIESBADEN (ID)
31. August

In Wiesbaden, einer netten Provinzstadt, gibt es einen netten Unternehmer. Nett, sozial, mit Bundesverdienstkreuz, Bürgermedaille, Konsul, Senator und verdienter Bürger dieser Stadt, bis vor kurzem über eine GmbH & Co. KG als Geschäftsführer, einer Druckerei Rudolf Bechthold & Co. und eine Firma Carl Ritter teilhabend verfügend. Die Rede ist von Herrn Carl Ritter.

Während des sogenannten „Druckerstreiks" hat er sich den Streich erlaubt, als Bezirksvorsitzender des Bundesverbandes Druck die Druckerei Bechthold mit 40 Arbeitnehmern auszusperren und die Firma Carl Ritter, mit etwa 170 Arbeitnehmern, „aufgrund ihrer Aufträge öffentlichen Interesses" aus der Aussperrung der Arbeitgeber herauszunehmen. Dieser Streich war vergleichsweise gering gegen den, der noch folgen sollte.

Die Druckerei Bechthold, ein musealer Betrieb mit mittelalterlichen Arbeitsbedingungen, ein reiner steuerlicher Abschreibungsbetrieb, ist durch eine juristische Neukonstruktion im Handelsregister endgültig abgeseilt worden.

Ende Mai 1976 wurde sein unvermögender Schwiegersohn Friedrich August von Starck (verarmter Adel) durch BeBe-Druck GmbH Geschäftsführer und Teilhaber an der Bechthold Kg. Damit meinte sich Herr Ritter allen sozialen Verbindlichkeiten und der finanziellen Verantwortung für den Betrieb und die Kollegen entzogen zu haben.

Eine Woche nach der Vorstellung dieses neuen Geschäftsführers eröffnete dieser dem Betriebsrat der Bechthold KG die Möglichkeit eines Konkurses. Am Freitag, dem 27.8.76 meldete die Firma BeBe-Druck beim Amtsgericht Konkurs an. Dieser konnte jedoch bei 50.000 Mark Kapital und 380.000 Mark Bilanzrückstand mangels Masse nicht vollzogen werden. Die Firma ist im Grunde genommen durch die Unfähigkeit der Geschäftsführung, das rückhaltslose Absahnen ihrer Teilhaber zugrunde gerichtet worden. Aus dem bestehenden konstanten variablen Kapital (Gläubigerforderung plus Schrottwert der Maschinen) läßt sich kein Sozialplan erstellen. Die Kollegen, die teilweise 35 Jahre in diesem Betrieb arbeiten, haben schrittweise diesen Ausverkauf mitansehen müssen. Alle Forderungen, die Löhne, Abfindungen und ausstehenden Verpflichtungen betreffen,müssen voraussichtlich bei Gericht geregelt werden.

Nebenbei wäre zu bemerken, daß die Firma Ritter früher einmal ein NS-Musterbetrieb war, mit Staatsaufträgen wie heute, nur mußte Herr Ritter nach dem Krieg ein Berufsverbot von den amerikanischen Besatzern einstecken und wurde durch eine Unterschriftensammlung der damaligen Belegschaft rehabilitiert.

Heute, 31 Jahre danach, druckt ein aufrechter Demokrat wieder Staatsaufträge und macht sich als Abonnentensprecher im Hessischen Staatstheater Wiesbaden für die Absetzung eines Stückes stark, das die Berufsverbote behandelt („Die Freiheit stirbt zentimeterweise").

IN WESSEN VERTRAUEN ARBEITEN VERTRAUENSLEUTE ?

WETZLAR (ID)
4. August

„Am 20.7.76 sind wir, die Gefreiten Badeck und Urban vom Truppendienstgericht Mitte als Vertrauensleute der Mannschaften der Nachschubkolonne 130 abgesetzt worden, obwohl sich die Hälfte der Soldaten in einer Unterschriftensammlung gegen die geplante Absetzung ausgesprochen hatte.

Das Gericht begründete die Absetzung damit, daß wir uns „auf einem wichtigen Teilgebiet außerhalb der soldatischen Rechtsordnung gestellt haben", weil wir bewußt entgegen einem „ausdrücklichen Befehl" in Uniform an der 1.-Mai-Demonstration teilgenommen haben und diese Handlungsweise immer noch für richtig halten.

Wir haben mit sieben anderen Soldaten an der 1.-Mai-Demonstration teilgenommen, weil wir bewußt als Soldaten gegen die entrechtete Lage der Soldaten, die kleinliche Schikane, den geringen Wehrsold usw. an die Öffentlichkeit gehen wollten. Unter anderem trugen wir die Forderungen nach „freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung in der Bundeswehr", „Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige" und Dienstausgleich für alle Zusatzdienste" mit uns.

Das Truppendienstgericht bekräftigt nochmals, daß die Vertrauensleute sowohl das Vertrauen der Mannschaften als auch der Kompaniechefs haben müssen und stellt fest, wir könnten unter den gegebenen Voraussetzungen nicht mehr unvoreingenommen Stellung nehmen, wenn es z.B. um eine Disziplinarstrafe gegen einen Kameraden geht, besonders bei einem Verstoß gegen das Verbot politischer Betätigung. (Der Vertrauensmann muß vom Gesetz her zu Disziplinarmaßnahmen gegen Soldaten „angehört" werden.) Vom Vertrauensmann wird also verlangt, daß er vom Standpunkt der Gesetze und Verordnungen aus überlegt, wie ein Kamerad bestraft werden soll. Der Vertrauensmann soll sich nicht auf dessen Seite stellen dürfen, wenn er gegen eine solche Vorschrift verstoßen hat, die den Interessen der Soldaten zuwider läuft.

Wir halten das aber nicht für ichtig, sondern sind der Auffassung, daß die Vertrauensleute nur den Mannschaften, die sie gewählt hat, verantwortlich sein sollen und daß auch nur diese das Recht haben, sie wieder abzusetzen.

Wir fordern Unterstützung auf, unter folgenden Forderungen:
— Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr
— Abwahl der Vertrauensleute nur durch die Wähler selbst!
— Zurücknahme unserer Absetzung als Vertrauensmänner!"

F.B./M.U. (Auszug)

NESTLE KLÄRT SEINE MITARBEITER AUF

MAINZ (ID)
31.August

Bei der Niederlassung des multinationalen Konzerns Nestle in Mainz wurde ein offener Brief an die „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" ausgelegt, in dem der Vorsitzende der Geschäftsführung zu dem Verlauf des Prozesses gegen die „Arbeitsgruppe Dritte Welt" Stellung nimmt (siehe ID 133). Nestle hatte seine Klage in drei Punkten zurückgenommen. Der Arbeitsgruppe und anderen ist es weiterhin erlaubt, festzustellen, daß Nestle verantwortlich ist für den Tod von Tausenden von Kindern in der dritten Welt, daß die Werbung des Konzerns unmoralisch und unethisch ist und daß der Konzern Krankenschwestern ohne deren Wissen für Werbezwecke einsetzt.

In erster Instanz wurden die Mitglieder der Arbeitsgruppe jedoch zu einer Geldstrafe von 300 Schweizer Franken verurteilt, da sie festgestellt haben, daß Nestle direkt verantwortlich ist für den Tod von Babies. Unklar bleibt der feinsinnige Unterschied,den der Konzern zwischen der Feststellung „Nestle tötet Babies" und der Feststellung, Nestle sei verantwortlich für den Tod tausender Kinder, macht. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Dritte Welt haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge aus dem offenen Brief, den der Vorsitzende der Geschäftsführung von Nestle in Deutschland, Helmut Maucher, zur Aufklärung der Belegschaft hat verteilen lassen.

„Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter...
In den letzten Tagen haben Sie sicher nicht nur in der Zeitung gelesen, daß Nestle den Prozeß gewonnen hat, sondern ebenso, daß ein Teil der Anklagepunkte von Nestle zurückgezogen wurden. Diese letzte Information wurde zum Teil besonders herausgestellt und mußte den Eindruck erwecken, als ob doch nicht alles, was Nestle getan hat, in Ordnung gewesen sei. Hierzu folgendes:

Bei dem zurückgezogenen Klagepunkt handelt es sich um den Vorwurf der unethischen, unmoralischen Werbung, um die Verkleidung von Verkaufspersonal als Säuglingsschwestern und die Verantwortlichkeit für Tod oder Schädigung von Babies. Während der letztere Vorwurf durch den verbliebenen Klagepunkt „Nestle tötet Babies", gegen den ja die Verurteilung erfolgte, abgedeckt wurde, hat Nestle aus rein taktischen Erwägungen die beiden ersten Punkte zurückgezogen, um den Prozeß nicht noch für weitere Monate und Jahre in die Länge zu ziehen und möglichst rasch eine Verurteilung im Hauptanklagepunkt zu erreichen.

Bekanntlich kann man ja lange darüber diskutieren, was in einer Werbung moralisch oder unmoralisch ist. Außerdem hatte der Anwalt von Nestle schon am ersten Hauptverhandlungstermin am26.November 1975 erklärt, der Strafantrag beschränke sich auf die Vorwürfe „Nestle tötet Babies" sowie „Die sanften Killer". Alles übrige werde als deren Stützung betrachtet. Damals hatte das Verfahren bereits annähernd 1 1/2 Jahre gedauert und Nestle sah sich veranlasst, den Strafantrag zu beschränken, um der Gefahr der absoluten Verjährung zu entgehen. Darüber hinaus hätte eine Verlängerung des Prozesses der Arbeitsgruppe Dritte Welt nur immer wieder eine für uns negative und für die Arbeitsgruppe kostenlose Publizität gebracht, woran wir insbesondere bei der heute üblichen Art der öffentlichen Berichterstattung auch nicht interessiert sein konnten. Ich habe Ihnen die Zusammenhänge und Hintergründe dieser Taktik so genau erklärt, um auch vielleicht bei Ihnen entstandene Eindrücke und Vermutungen korrigieren zu können. Selbstverständlich wiesen wir die Vorwürfe über unmoralische Werbung und unseriöse Verkaufspraktiken nach wie vor zurück, weil sie nicht stimmen.

...

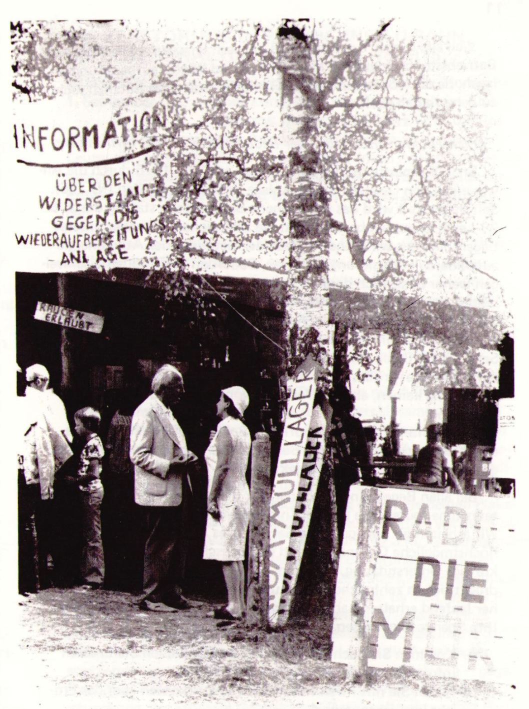
Herr Dr.Fürer, der Delegierte des Verwaltungsrates der Nestle Alimentana in der Schweiz, hat in einer Pressekonferenz unter anderem gesagt: „Der Titel ‚Nestle tötet Babies' und die seit unserer Ehrverletzungsklage entfesselte, für sachlich denkende Menschen bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Propaganda mit Hilfe von Pressekonferenzen, Radio, Television und Film mit einer einseitigen und verzerrten Darstellung des Problems zeigen deutlich, daß man nicht Information anstrebt, sondern Diffamation; daß man nicht dazu beitragen will, ein schwieriges Problem zu lösen, sondern sich vor allem über die Gelegenheit freut, eines dieser kapitalistischen, multinationalen Gebilde angreifen zu können, in der Hoffnung, genügend Dumme zu finden, die das nicht merken."

Durch die verletzenden Angriffe fühlen wir uns alle als Mitarbeiter attakiert, nicht nur wir hier in Deutschland, sondern gerade auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jener Nationalitäten, die sich, oft auch mit ihrer Familie, in der dritten Welt voll einsetzen und dort ihr Bestes geben. Die gegen Nestle erhobenen ehrverletzenden Anschuldigungen treffen somit auch alle diejenigen, die direkt oder indirekt für die Herstellung und den Vertrieb der Nestle-Produkte in aller Welt arbeiten.

...

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, es lag mir sehr am Herzen, Sie mit diesen Zeilen über die Hintergründe des Prozesses zu unterrichten und Ihnen unsere Meinung hierzu darzulegen."

Weitere Informationen zur Geschichte von Nestle können bezogen werden bei: Focus, Postfach 161, CH-8033 Zürich.



BÜRGER GEGEN ATOMMÜLLAUFBEREITUNG

LICHTENHORST (ID) 30. August

Im Raum Rethem-Lichtenhorst wird eine große Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsanlage (WAA) mit Atommüllendlagerung geplant, gegen die bereits vor Wochen die ersten Anzeichen von Gegenwehr bei der Bevölkerung sichtbar wurden (ID Nr. 135).

In Lichtenhorst sollen die abgebrannten Brennelemente aller bis 1985 geplanten 50 Kernkraftwerke der Bundesrepublik zur Wiederverwendung aufbereitet und der hochgiftige, radioaktive Abfall ‚endgelagert' werden. Auf einem riesigen Gelände von 3 x 4 km sollen gewaltige Bauwerke mit meterdicken Stahlbetonwände und einem 400 m (!) hohen Schornstein errichtet werden. Darunter soll in einem Salzstock in über 1000 m Tiefe ein Bergwerk gebaut werden, um die großen Massen radioaktiver Abfälle über hunderttausende von Jahren angeblich sicher zu lagern. Dieses Projekt wird in Angriff genommen von der KEWA GmbH, einem Zusammenschluß von vier großen Chemiekonzernen.

Wir als Bürgerinitiative meinen dazu: Diese Anlage ist sehr gefährlich für alle Bürger in diesem Lande!! Mit dieser Meinung stehen wir nicht allein da: 12000 Wissenschaftler aus aller Welt haben bisher vor den Gefahren der Atomindustrie mit ihrer massenhaften Erzeugung von radioaktiven Abfällen gewarnt; denn einmal erzeugt, müssen sie absolut (= 100%ig) sicher von allen Lebewesen abgeschlossen aufbewahrt werden — und das für hunderttausende von Jahren! Doch auch die zukünftigen Betreiber (KEWA GmbH) dieser Anlage wissen, daß dies nicht möglich ist. In ihrem allgemeinen Projektplan für die Wiederaufbereitungsanlage (KEWA-Konzept) heißt es:

„Gasförmige radioaktive Abfälle können prinzipiell nicht hundertprozentig zurückgehalten werden." und an anderer Stelle heißt es: „Einflüsse auf die vorwiegend in der Landwirtschaft und in Gewerbebetrieben tätige Bevölkerung sind in gewissem Umfang unvermeidbar."

Was bedeutet das für uns alle? Schon im Normalbetrieb werden von der WAA große Mengen radioaktiver Substanzen an die Umwelt abgegeben — und zwar bis zu 85000-fach größere Mengen als bei einem großen Kernkraftwerk. Über den 400 m hohen Schornstein werden sie über weite Landstriche verteilt und verseuchen dort die gesamte Milch mit radioaktivem Jod — und auch die Ackerpflanzen werden davon betroffen. In einem Umkreis von 30 - 50 km ist dann Milchwirtschaft nur noch eingeschränkt möglich; denn — welche Molkerei wird diese verseuchte Milch in Zukunft noch abnehmen? Ist das die „besondere Vermarktung aller Landwirtschaftlichen Produkte", von der ein TÜV-Vertreter sprach?

Da auch die Ackerpflanzen mitverseucht werden, bedeutet das: Die gesamte Landwirtschaft ist in Gefahr! Jeder, der diese Produkte zu sich nimmt, muß damit rechnen, daß er an Krebs tödlich erkrankt — dazu kommen mit Sicherheit vermehrte Erbschäden und Mißbildungen bei neugeborenen Kindern. Das sind die Folgen, die in jedem Falle schon beim Normalbetrieb der Anlage auftreten werden. Und was geschieht bei einem großen Unfall durch Sabotage oder menschliches Versagen? ——— Eine Katastrophe, die Millionen Menschenleben kosten wird und weite Teile der BRD für lange Zeit unbewohnbar macht.

Diese drohenden Gefahren abzuwehren, haben wir uns fest vorgenommen.

Weil alle Bürger betroffen sind, fordern wir: Sofortiger Bau- und Betriebsstopp für alle Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen, da die lebensbedrohende Radioaktivität grundsätzlich nicht zu beherrschen ist!!!

Lichtenmoor unter ständiger Beobachtung der Bürgerinitiative

Erste Vermessungsarbeiten konnten am 16.7.1976 durch die Anwesenheit von Gegnern dieser Anlage verhindert werden (ID 135). Seit dieser Zeit wird das vorgesehene Bohrgelände ständig durch ca. 20 Leute genau beobachtet. Um die zahlreichen Besucher unseres Lagers über das wirkliche Ausmaß der Gefahren der Atomenergie aufzuklären – Regierung, Parteien, Behörden und Industrie schweigen weiter beharrlich darüber – wurde ein ständig besetzter Informationsstand mit vielen Flugblättern, Broschüren, Pressespiegel und Bücherverkauf eingerichtet. Außerdem wird seitdem an jedem Sonntag ab 10.30 h ein Informationsfrühschoppen mit Vorträgen, Dia-Serien und Filmen veranstaltet. Schon der erste Sonntag (25.7.) fand ein unerwartet großes Echo. Über 600 Besucher aus der näheren Umgebung kamen, ebenso Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Besonderen Beifall fand u.a. die selbstgedichtete „Lichtenmooritat". Bei Bier, Würstchen, Kaffee und Kuchen diskutierten die Besucher über ihre großen Bedenken gegenüber dem geplanten Projekt.

Bei allen Begegnungen können wir die große Sympathie und Anteilnahme spüren, die unserer Initiative entgegengebracht wird, denn: Wir arbeiten für eine gerechte Sache – das Recht jedes Menschen auf höchstmögliche Gesundheit und ein menschenwürdiges Leben. Die kräftige Unterstützung, vor allem durch die ansässige Bevölkerung, drückt sich in zahlreichen Sach- und Geldspenden aus, die wir bisher laufend erhalten haben. Trotzdem sind wir vor allem auch auf Ihre Spende angewiesen.

- Kommen Sie nach Lichtenhorst und besuchen Sie unseren Informationsstand!
- Reden Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über das Projekt im Lichtenmoor!
- Unterstützen Sie die Bürgerinitiative auch durch Spenden!

Spendenkonto Bohrstelle: Z. Hd. Erika Warneboldt, Sparkasse Nienburg, Konto Nr. 944744 (BLZ 256 501 106).

Kontaktadressen: Heino Brinkmann, Am Koppelberg, 3071 Steimbke, Telefon 05026/8492; Ursel v.d. Recke, 3071 Lichtenhorst, Telefon 05165/617; Dr. W. Moll, Schulstraße 18, 3030 Walsrode, Telefon 05161/3540; Jürgen Hamelmann, Kampstraße 18, 3091 Dörverden-Westen, Telefon 04234/888 oder 04239/222; Karl Jürgen Uhde, Deichstraße 23, 3092 Hoya, Telefon 04251/2309.

„SEIEN SIE, HERR MINISTER, VERSICHERT: DAS KKW WYHL WIRD NICHT GEBAUT"

FREIBURG (ID) 31. August

Walter Moßmanns offener Brief an Bundesforschungsminister Matthöfer, eine Antwort auf das Konkret-Interview in Heft 8 /76, in dem der Minister u.a. einige kernige Aussprüche tat über Motive und Strukturen der Bürgerinitiative Wyhl:

„Sehr geehrter Herr Minister Matthöfer,
leider ist es uns nicht gelungen, unsere Antwort auf das ‚konkret'-Interview (8/76) ebenfalls in ‚konkret' zu veröffentlichen. Man sagte uns dort (Anfang August), die September-Nummer sei schon fertig – mag sein; unser Text sei zu lang – mag sein; und etwas später: unser Brief sei leider verloren gegangen – mag sein. Wahrscheinlich muß es in Wyhl erst mal wieder krachen, bevor sich die etablierte Presse (einschließlich ‚konkret') bequemt, die Meinungen, Erfahrungen und die gewaltige Arbeit von ein paar tausend namenlosen Leuten am Oberrhein wahrzunehmen. Zur Zeit lesen wir nur offizielle Verlautbarungen und die Ansichten bedeutender Köpfe. Nicht zu vergessen die Reklame aus Ihrem Hause, die wir gezwungenermaßen mitfinanzieren.

Sie versuchen, sich von dem Problem auf eine sehr einfache Weise zu befreien. Sie sagen: „ein großer Teil der Bürger, die sich dort aktiv engagieren, seien „vom politischen Standpunkt her konservativ". Wyhl sehen Sie in einem Wahlkreis, „der mit sehr grossen Mehrheiten CDU gewählt hat und CDU wählt". Woher wissen Sie das eigentlich?

Bei den letzten Landtagswahlen (April 76) gab es in den zehn wichtigsten KKW–Nein-Ortschaften am Kaiserstuhl einen Erdrutsch: Die CDU als Filbinger-Partei bekam gerade noch 30% der Stimmen, die SPD 25% und die FDP 42%. Das bedeutet nicht einen Sieg der Partei FDP, sondern der Bürgerinitiativen. Denn der Kandidat Schött aus Endingen war ganz offen aus taktischen Gründen in die FDP eingetreten, um ausschließlich einen KKW-Nein-Wahlkampf zu führen. Daß die SPD nichts gewonnen hat, liegt an der einfachen Tatsache, daß ein Atom-Minister Matthöfer keine Alternative ist zum Atom-Herzog Filbinger. Warum rächen Sie sich jetzt an den Kaiserstühlern durch falsche Behauptungen?

Weiter beklagen Sie sich ziemlich arrogant über eine „rückwärts gewandte romantische Vorstellung" in der Bevölkerung am Oberrhein. Ist das alles, was Ihnen auffällt? Wenn ein Kaiserstühler sieht, daß er im Rhein nicht mehr baden mag, aber daß er sich an Zeiten erinnert, als man Rheinwasser noch trinken konnte – was ist denn daran romantisch? Wenn jemand sieht, daß die Umwelt durch den ausschließlich an der Geldvermehrung orientierten ‚Fortschritt' zerstört wird, warum sollte er da nicht an Zeiten denken, als das noch nicht so war? Wenn sich ein Mensch im Kriege an Friedenszeiten zurückerinnert, hat er nicht guten Grund? Haben wir etwa gesagt, wir wollen Kaiser Willem wieder haben oder die Sklaverei? Es stünde Ihnen, Herr Minister, dem wir das Geld und die Macht zur Verfügung gestellt haben, gut an, alternative Vorschläge für die Zukunft auszuarbeiten. Zu diesem Zweck können Sie auch aus Rückblicken lernen. Aber wenn wir Ihrem Zeigefinger folgend vorwärts schauen, dann sehen wir Hoboken und Minamata und Seveso und alles ein paar Nummern größer. Und diejenigen, die das verhindern wollen, beschimpfen Sie (auf Vorschlag des ‚konkret-Interviewers) als ‚Maschinenstürmer'. Wäre es nicht vielleicht sinnvoll, nach dem Nutzen einer Maschine zu fragen? Was sind für Sie wohl Arbeiter, die eine Rüstungsfabrik stürmen, weil sie keine Waffen für ihren eigenen Untergang herstellen wollen?

Wir halten inzwischen aus guten Gründen Atomkraftwerke für Waffen, die gegen uns selbst gerichtet sind. Und der Kredit, den Sie der deutschen Atomindustrie einräumen, erinnert uns an Kriegskredite, die Ihre Partei schon einmal dem ‚Fortschritt' zuliebe unterzeichnet hat. Ihre Partei hat die fatale Eigenschaft, solange hinter der herrschenden Entwicklung herzutrotten, bis die Katastrophe da ist.

Der Zynismus, mit dem Sie die schweigende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten für Ihre Pläne benützen wollen, hat uns besonders empört. Sie sagen, die Mehrheit der Arbeiter in den Großstädten ‚akzeptieren' die Atomindustrie. In der Tat, die Arbeiter akzeptieren auch ‚ihr' Blei- oder Chemiewerk, ‚ihre' Quecksilber- oder PVC-Produktion. Das finden Sie löblich. Aber was loben Sie denn da eigentlich?

Sie loben die Tatsache, daß Arbeiter ihre Arbeitskraft um jeden Preis verkaufen müssen, auch um den Preis der Selbstverstümmelung. Sie loben die Tatsache, daß Städtebewohner täglich soviel Schäden abkriegen, daß sie die Gefahr von ‚ein paar Millirem' auch nicht mehr schrecken. Sie loben die Tatsache, daß Arbeiter gewöhnlich weder Land noch Wald noch Haus noch Wasser zu verlieren haben. Ist Ihnen dabei besonders wohl?

In der Bewegung am Oberrhein arbeiten seit einigen Jahren Tausende von Menschen mit, trotz alledem auch Bauern und Arbeiter und Arbeiter-Bauern. Von diesen Leuten könnten Sie viel lernen. Aber Sie beschäftigen sich lieber mit Ihren Batelle-Studien und den großen Männern, die Ihrer Ansicht nach Geschichte machen. Aus Bequemlichkeit bezeichnen Sie den CDU-MdB Gruhl als ‚Theoretiker des Widerstandes'. Dürfen wir Sie darauf aufmerksam machen, daß Herr Gruhl mit dem Widerstand in Marckolsheim und Wyhl genau so wenig zu tun hat wie Sie und Herr Filbinger? Der Widerstand hier wird geplant, begründet, organisiert und ausgehalten von Menschen, die von den Parteien gewöhnlich als Stimmvieh wahrgenommen werden. Herr Gruhl gehört zu den Leuten, die wenigstens das Problem ernst nehmen und die sich höchst unterschiedliche Reime da-

rauf machen. Aber offenbar nennen Sie Herrn Gruhl, und die angeblichen CDU-Wähler, und das angeblich ‚Romantische'nur, um die Kritik an Ihrem Atom-Zeitalter irgendwohin abschieben zu können, am besten nach rechts. Offenbar will die SPD in unserer Region auf keinen Fall gewählt werden. Sie sollen Ihren Willen haben.

Zum Glück stellen wir fest, daß da und dort auch in der SPD und in den Gewerkschaften Vernunft aufkommt. Es gibt Leute,die nicht bloß nach der statistischen Größe ‚Arbeitsplatz' fragen,sondern nach dem Nutzen für den Arbeiter in der Fabrik und außerhalb, als Städtebewohner und Konsument. Leute, die nicht mehr den Reklame-Traum von der schönen neuen Welt im Dienste der Geldvermehrung träumen. Zu denen gehört auch die Internationale Chemiearbeitergewerkschaft.

Noch ein Hinweis: Sehr viele Arbeiter in Wyhl, im Dorf Wyhl am Rhein, die sich von der Reklame der Atomindustrie haben in Schlaf wiegen lassen, die die Atomenergie ‚akzeptieren', belohnen Ihre Anstrengungen nicht. Sie wählen samt und sonders CDU.

Seien Sie, Herr Minister versichert: Das KKW Wyhl wird nicht gebaut.

Initiativgruppe KKW NEIN Freiburg, Mitglied der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, i.A. Walter Moßmann "

ERKLÄRUNG

VOLKSBLATT-REDAKTION ZUM OFFENEN BRIEF DES „BLÄTTLE" IM ID 138/139

STUTTGART (ID) 25. August

liebe freunde, nun, nachdem ich zum zweiten male im ID zitiert werde — im offenen brief des blätt le — will ich randläufig einige faktoren klarstellen. die volksblatt-redaktion in stuttgart ist nicht bereit, eine öffentliche polemik gegen andere zeitungsprojekte mitzumachen: es gibt wichtigeres zu tun. vertrackt wirds dann, wenn die lieben blättles-macher bundesweit meinungen verbreiten, die auf fehlinformationen beruhen. nur die will ich richtigstellen:

1. zwar gibts seit september 75 das stuttgarter blättle, aber bereits ein jahr vorher, im november 74, war bereits die 5. nummer von „stuttgart - plakat - eine zeitung für stuttgart" auf dem markt. anläßlich der kommunalen wahlen im frühjahr 75 wurde dieses projekt zugunsten einer gemeinsamen zeitung mit dem parteifreien bündnis eugen eberle aufgegeben. diese bündnis-zeitung, konzipiert auf längere sicht, erscheint zweimal mit einer gesamtausgabe und mit vier stadtteilausgaben. öffentlich wurde gemacht, daß das projekt einer kommunalen zeitung nach der sommerpause weitergeführt wird — in regie mit dem parteifreien bündnis.

2. als das „blättle" erste versuche zum start machte, unterstützten wirs — allerdings nicht, ohne vorher auf unsere eigenen projekte und die mitarbeitsmöglichkeiten aufmerksam gemacht zu haben. die unterstützung fiel umso leichter, als das „blättle" unserer meinung nach eine andere zielgruppe ansprechen würde (was sich übrigens bestätigte). deshalb kanns „blättle" auch nicht, wie es in dem offenen brief heißt, irgendwas „inzwischen erfahren haben": unsere pläne waren von anfang an klar.

3. das parteifreie bündnis — vor allem sein stadtrat eugen eberle — ist seit acht jahren in der stuttgarter kommunalpolitik vertreten, eberle selbst seit ende des krieges ununterbrochen vertreter der linken im stadtrat. dieser arbeit zu mehr öffentlichkeit zu verhelfen, das bündnis zwischen den fortschrittlichen kräften in der stadt zu stärken — d.h. auch: das parteifreie bündnis zu stärken — und darüberhinaus den bürgern zur artikulation zu verhelfen, ist absicht des stuttgarter volksblattes. wem selbst diese ansätze praktischer sozialistischer politik noch zu eng sind, der mag sein eignes süpple kochen: noch hungern die massen nach der suppe der linken, und weder das volksblatt noch das blättle sind in absehbarer zeit in der lage, diesen hunger zu stillen, oder, anders ausgedrückt: den markt zu beherrschen. schtuegert isch groß, und unter uns gesagt: auch das volksblatt ist nur ein volksblättle.

peter grohmann

DIE ZERSTÖRUNG DER MÜNCHNER U-BAHN UND EIN GEWALTIGER SIEG DES RECHTS

MÜNCHEN (ID) 1. September

Einmal drei Monate, zweimal vier Monate mit Bewährung, dazu vier Tage Arbeit im Altersheim bzw. zweimal 300 Mark Buße und die Gerichtskosten vergab das Amtsgericht München an drei junge Leute, die mit nachweislich zwei Plakaten (nach Ansicht des davon unabhängigen Gerichtes fünf) in der U-Bahn zum Schwarzfahren, Entwerten der Entwerter und ähnlichen Greueln aufgefordert haben.

Star des 28.7. aber war Staatsanwalt Gehring, der schon die Beleidigung im „Blatt", Goppel sei ein „ein wenig seniler Weißwurstpräsident" 6.000 Mark kosten lassen wollte; Held der Trikont-Durchsuchung, von „Blatt" faschistischer Methoden beschuldigt (das ergab: Staatsverunglimpfung, von ihm persönlich verfolgt, — und die Frage, was an diesem Staate und seinen Organen denn zu verunglimpfen sei ...), kurz, eine Ziere seines schönen Berufes, der ihm Berufung zum Racheengel zu sein scheint. Er sah gemeinschaftlichen Hausfriedensbuch in Tateinheit mit Aufforderung zu Straftaten in Tateinheit mit fortgesetzter gemeinsamer Beförderungserschleichung in Tateinheit mit Aufforderung zu Straftaten in Tateinheit mit gemeinschaftlicher gemeinschädigender Sachbeschädigung (diese von Richter Pfeifer auf einfache Sachbeschädigung — bei einem Schaden von unter 50 Mark — reduziert , da die U-Bahn, trotz schwerster Beschädigung durch die beiden Plakate, ihrer Funktion nicht entscheidend beraubt worden war) und plädierte auf n e u n Monate mit Bewährung für J.M., dessen beträchtliche kriminelle Energie und mangelnder Besserungswille durch seine erste Verurteilung im Frühling zu 200 Mark wegen Kaufhausdiebstahl bewiesen waren. Nur a c h t Monate für P.M. und R.P. die trotz einer Vorstrafe von 100 Mark wegen Wegnahme eines Stückes Käse eher besserungsfähig schienen. Das drakonische Strafmaß solle der Generalprävention dienen, denn die Angeklagten erschienen ihm als Teil einer bundesweiten Verschwörung — gegen überhöhte Fahrpreise im Nahverkehr. Da hilft nur ungestufte Abschreckung, der atomare Gegenschlag. Davor schreckte selbst Richter Pfeifer zurück, und es gab Rabatt.

PS: Pro Person bleiben ca. 1.500 Mark Geldstrafe übrig. Wer dabei helfen will, der sei auf das Konto „Blatt" Deutsche Bank München, Nr. 40/45472 hingewiesen.

DIE BREMER STADTMUSIKANTEN — EIN MÄRCHEN AUS UNSERER ZEIT

BREMEN (ID) 25. August

„Wo mehr als zwei Leute auf einem Haufen stehen, gehört verboten" — dieser altpreussische Polizeistaatskalauer wird mittlerweile von der westdeutschen Wirklichkeit locker eingeholt. Das bekamen wir, die Straßenmusikgruppe „Mobiles Einsatz orKester" jetzt in der Bremer Fußgängerzone zu spüren.

Wir spielten dort am 24. August mit Girarre, Geige, Cello und Gesang unsere „subversiven Volkslieder". Die Sonne scheint, etwa 50 Leute hören zu und freuen sich. Dann kommt — für uns in solchen Situationen keine Seltenheit — eine umherstreifende Polizeistreife des Weges und meint, nun sei Schluß, das sei verboten. Nachdem wir unser Lied ordentlich zu Ende gespielt haben, fragen wir die Leute, ob sie die Meinung des umherstreifenden Polizeibeamten teilen oder ob sie uns bewilligen würden, weiter zu spielen. Applaus, Hurra, „Weitermachen" — die Abstimmung geht klar zu unseren Gunsten aus. Der Polizist droht Verstärkung an und zieht ab. Wir spielen dann „Juppheidi und Juppheida, Hausdurchsuchung, Razzia", den „Repressionstango" und einige Tänze. Die Stimmung ist ausgezeichnet, es bleiben immer mehr Leute stehen. Und dann ist es soweit: von hinten kommt ein Streifenwagen mit vier Polizisten und von vorne ein Fußtrupp mit drei ebensolchen. Sie haben einige Mühe, sich vorzuarbeiten, die Leute — ca. 200 — fangen mächtig zu schimpfen an. Als wir trotz der uniformierten Zuhörer unseren Tanz munter weiterspielen, springt ein befreiender Funke von Zustimmung und Solidarität über. Die Leute — Hausfrauen, Penner, Büroangestellte, Touristen und Arbeitslose, die sonst in dieser tristen Steinwüste nur ge-

langweilt aneinander vorbeischleichen – fangen angesichts des Polizeiaufgebots plötzlich an, rhythmisch mitzuklatschen und zu hüpfen. Wir spielen natürlich wie die Teufel und die Beamten sehen gar nicht gut aus. Einer versucht beständig, mit dem Cellisten in Verhandlung zu treten: „Wenn ich hier bin, ist aber Schluß!" – „das dauert mir hier zu lange" usw. Schließlich wird er energisch und reißt uns mitten im Spiel den Geigen- und den Cellobogen weg. „Ein Sturm der Entrüstung" würde man sagen, brach da los, und genauso war es auch. Die Leute springen vor und wollen die Bogen zurückholen. Die einen sind sprachlos, weil sie so eine Unverschämtheit einfach nicht fassen können. Die anderen machen ihrer Wut laut und deutlich Luft. Die Menge wird unaufhaltsam größer. Ab und zu tönt ein Sprechchor: „Bogen her – Bullen raus".

Uns wird von diesen gesagt, wir könnten die Bogen nach 18 Uhr beim Revier abholen. Als uns der Beschlagnahmer seine Dienstnummer nicht sagenwill, kommt es zu erregtem Getümmel. Viel hat jedenfalls nicht mehr gefehlt. Die Polizisten erklären den Vorfall für beendet und wollen losfahren, aber eine dichte Menschentraube versperrt ihnen den Weg. Bei dem Versuch, sie auseinanderzutreiben wird jemand in die Büsche geworfen. Ein plötzlich aufgetauchter Zivilpolizist schlägt eine Brille und eine Handtasche zu Bruch. Nur sehr mühsam kommt der Wagen voran, überall stehen Leute dazwischen und diskutieren und schimpfen. Wir haben inzwischen auf vocal umgestellt und singen aus voller Kehle.

Mit dem Verschwinden des Polizeiwagens ebbt die Sache dann ab. Eine ältere Frau drückt uns gerührt die Hände, eine andere kündigt Beschwerde auf dem Revier an. Viele bleiben irgendwie angetörnt da und hören sich noch ein paar Lieder an. Schließlich verabreden wiruns um 18 Uhr vor dem Revier.

Dort waren es zwar nicht mehr so viele, aber mit den wieder gewonnenen Bogen in der Hand konnten wir doch stolz unseren Beschlagnahmebeschluß vorlesen: „Sie haben gegen die Bremer Strassenordnung verstoßen. Aus Gründen der Gefahrenabwehr wurde Ihr Geigenbogen bis 18 Uhr eingehalten".

Wer sich in Gefahr begibt, kommt nicht immer um.

STRASSENMUSIK – „KEIN HÖHERES INTERESSE DER KUNST ODER WISSENSCHAFT ERKENNBAR"

KIEL (ID)
24. August

„Aus Kiel gibt es mal wieder was Neues zum Thema Straßenmusik, denn heute hat der Oberbürgermeister der Stadt Kiel auf seine Art und Weise auf einen Brief für die Legalisierung von Straßenmusik geantwortet, der während des Straßenmusikfestivals vom 11. bis 13. Juni von 1.150 Leuten unterschrieben worden ist. Mit einem Bußgeldbescheid über 50 Mark plus 13 Mark für Gebühren und Auslagen wegen Straßenmusik – hat er geantwortet. Großzügig wurden laut Begründung sogar meine wirtschaftlichen Verhältnissse (über die ich nie Angaben gemacht habe) berücksichtigt, und es werden sogar jene damals beschlagnahmten vier Mark achtundsechzig (ID 124) nach Rechtskraft des Bußgeldbescheides angerechnet, obwohl diese nach Auskunft eines Polizisten unrechtmäßig erworben worden sind, womit damals die Beschlagnahme begründet wurde.

Natürlich habe ich gegen den Bußgeldbescheid inzwischen Widerspruch eingelegt, so daß es wohl zu einer Verhandlung vor dem Amtsgericht kommen wird,

Meine Fragen an Juristen, die sich für Straßenmusik einsetzen würden: Wie stehen die Chancen, daß man den Prozeß vor dem Amtsgericht gewinnt? Inwieweit läßt sich ein Musterprozeß für Straßenmusik daraus machen? Welche Wirkung hätte ein positives Urteil für die Straßenmusik im allgemeinen?

Über jegliche Art von Unterstützung würde ich mich freuen."

Zur Illustration ein Auszug aus der Begründung des Bußgeldbescheides:

„BEGRÜNDUNG:
Am 14.4.76 um 16.30 Uhr stellten Beamte des 3. Polizeireviers der Polizeiinspektion Kiel fest, daß Sie in Kiel, in der Holstenstraße vor der Firma Coop, Gitarre spielten und dazu sangen. Vor sich hatten Sie eine Blechdose aufgestellt, in der bereits 4,68 DM enthalten waren. Sie waren weder im Besitz einer Reisegewerbekarte noch einer Standerlaubnis noch einer Sondernutzungserlaubnis.

Vom Recht der Anhörung machten Sie keinen Gebrauch.

Sie haben damit zumindest fahrlässig gegen o.a. Bestimmungen verstoßen, wonach derjenige, der in eigener Person außerhalb der Räume seiner gewerblichen Niederlassung oder ohne eine solche zu haben, ohne vorhergehende Bestellung Musikaufführungen, unterhaltende Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei erkennbar ist, darbieten will, der Reisegewerbekarte bedarf. Wer dieses Gewerbe ausüben will, bedarf der Erlaubnis der für den jeweiligen Ort der Gewerbeausübung zuständigen Behörde. Der Gebrauch der öffentlichen Straßen ist jedermann im Rahmen der Widmung und der Straßenverkehrsordnung zum Verkehr gestattet (Gemeingebrauch). Kein Gemeingebrauch liegt vor, wenn die Straße nicht vorwiegend zum Verkehr, sondern zu anderen Zwecken, wie in Ihrem Fall, benutzt wird." (...)

Adresse:
Peter Blum, Sophienblatt 26, 2300 Kiel 1

INTERNATIONALES

ROLF POHLE, DIE GRIECHISCHE DEMOKRATIE UND DER KAMPF UM NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT

ATHEN/WESTBERLIN (ID)
2. September

Ein deutscher Tourist hat Rolf Pohle auf der Insel Mykonos erkannt, mit ihm gesprochen, ihm seine Hilfe angeboten und die Polizei in München angerufen. Deutsche Polizisten in Zivil haben daraufhin in Athen Rolf Pohle aufgespürt, observiert und für seine Verhaftung gesorgt.

Das griechische Obergericht in Athen hat die Auslieferung Rolf Pohles nach eingehender Verhandlung und Beweisaufnahme abgelehnt, weil Pohle wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation verurteilt worden ist, die den Umsturz der bestehenden Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und die Bekämpfung des Imperialismus zum Ziele hat. Pohle sei ein politischer Täter und es sei deshalb rechtswidrig, ihn auszuliefern.

Einer der Richter dieses Gerichts ist auch in Deutschland nicht unbekannt. In dem Film „Z", der auch in Deutschland mit viel Lorbeeren gelaufen ist, wird ein Untersuchungsrichter gezeigt, der während der Militärdiktatur in Griechenland den Mord an einem Widerstandskämpfer rücksichtslos aufzuklären versucht. Der Film ist der Wirklichkeit nachgedreht. Den Richter gibt es, er wurde unter der Militärdiktatur für drei Jahre ins Gefängnis gesteckt und gefoltert, weil er versucht hatte, einen Mord der Faschisten aufzuklären und zu entlarven.

Dieser Richter aus „Z" wurde nach dem Sturz der Diktatur Richterbeim Oberlandesgericht in Athen. Er war Beisitzer in dem Gericht, das die Auslieferung des politischen Täters Rolf Pohle abgelehnt hat.

Aber dieser Richterspruch ist nicht nur mit der Unabhängigkeit und Unerschrockenheit einzelner Richter eines Athener Gerichts zu erklären. Dieser Richterspruch wurde im Namen des griechischen Volkes verkündet und die überwiegende Mehrheit des greichischen Volkes stand offensichtlich tatsächlich dahinter.

Seit der Verhaftung Pohles ist das Für und Wider seiner Auslieferung trotz akuter Kriegsgefahr mit der Türkei fast täglich Thema längerer Berichte und Kommentare in fast allen griechischen Zeitungen – bis auf die kommunistischen. Auch Falschmeldungen aus Deutschland wie, „Baader-Meinhof-Bande plant in den nächsten Tagen Invasion von Griechenland", gestützt mit den Namen fast aller in Deutschland wegen politischer Delikte gesuchter Personen, haben nicht verhindert, daß der weit überwiegende Teil der grie-

chischen Presse und mehrer e große Parteien Griechenlands, unter ihnen die größte Oppositionspartei, die Zentrumsunion von Papandreu, sich strikt gegen eine Auslieferung von Pohle an Deutschland ausgesprochen hat. In den Zeitungen wird ständig ausführlich berichtet von vielfachen Pressionsversuchen der Deutschen, nicht nur von Regierungs-, sondern auch von Wirtschaftskreisen, von deutschen Touristen, die mit dem Fahndungsblatt des Bundeskriminalamtes auf „Terroristenjagd" durch die Ferienorte ziehen, von deutscher Polizei, die sich an Kontrollen in Griechenland beteiligt.

Die deutsche Presse — fast lückenlos formiert — schweigt zu alldem. Aus Griechenland gibt es für die deutschen Zeitungen in Sachen Pohle nichts erwähnenswertes zu berichten.

Und die Griechen staunen über dieses Schweigen.

Einzelnen wird die traurige Wirklichkeit der deutschen Presselandschaft deutlich, wenn sie einen deutschen Korrespondenten, der für mehrere deutsche Zeitungen schreibt, in einer Verhandlungspause im Gerichtssaal tönen hören: „Hätte man die griechische Polizei nach dem Sturz der Obristen nicht total umgekrempelt, dann hätte man sich all dieses, einschließlich dieser langwierigen Gerichtsverhandlung erspart. Vor dem Umsturz war die griechische Polizei die beste in Europa. Da wäre der Pohle doch gar nicht erst nach Griechenland reingekommen."

Während sich die höflichen Griechen kopfschüttelnd abwenden, erzählt er einige Histörchen, die seine These beweisen sollen.

Die breite Unterstützung des Antrages von Pohle, in Griechenland politisches Asyl zu erhalten, wird auch aus der Zusammensetzung der Verteidigung deutlich:

Der berühmteste Strafverteidiger Griechenlands, der ehemalige Parlamentsabgeordnete der Zentrumsunion, der Präsident der demokratichen Rechtsanwaltsvereinigung mit mehr als 20.000 Mitgliedern, Evangelos Jannopoulus, übernimmt die Verteidigung von Pohle. Er hat unter der Militärdiktatur Widerstandskämpfer und politisch Verfolgte verteidigt und deshalb selbst ein Jahr im Gefängnis gesessen.

Der Anwalt verhindert, unterstützt von deutscher Arroganz, die sofortige Abschiebung Pohles unmittelbar nach seiner Verhafgung. Die Deutschen hatten gleich ein Flugzeug nach Athen geschickt und außer der sofortigen widerspruchslosen Übergabe Pohles eine Reihe zusätzlicher Bedingungen gestellt, die mit der Selbstachtung der Griechen unvereinbar waren.

Der Rechtsanwalt wird unterstützt von dem Verteidiger Stefanakis, dem Neffen des derzeitigen Justizministers. Dieser Verteidiger hat im Sommer 1967 in Berlin studiert und war bei den Demonstrationen gegen das Schah-Regime am 2. Juni zugegen.

Außerdem wird Pohle verteidigt von Prof. Androlakis, Professor an der Athener Universität, jahrelang Assistent von Professor Mayhofer in Saarbrücken und gegenwärtig der Vertreter Griechenlands in der Europäischen Kommmssion, die die von der Bundesrepublik Deutschland verlangten Antiterrorismusvereinbarungen ausarbeiten soll.

Weitere über 50 Rechtsanwälte und Rechtsprofessoren beteiligen sich an einem Komitee, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Auslieferung Pohles an Deutschland zu verhindern.

Wenige Tage nach der Festnahme von Pohle hatte sich darüberhinaus ein „Komitee für die Freilassung des militanten Kämpfers Rolf Pohle" gebildet, an dem sich zahlreiche linke Gruppen und weitere Rechtsanwälte beteiligten. Dieses Komitee organisierte Flugblattaktionen, zwei Demonstrationen, die kurz vor Beginn verboten wurden. Andere Gruppen organisierten eine Großveranstaltung im Theatro Royal in Athen, an der sich etwa 2.000 Leute beteiligten. Auf dieser Veranstaltung redeten die Verteidiger von Pohle, die Vertreter der unterschiedlichen linken Gruppen trugen ihre Stellungnahmen vor, und ein Film auf Frankreich über die RAF wurde gezeigt. Wenn auf der Leinwand Gefangene aus der RAF, wie Ulrike Meinhof, Holger Meins, Andreas Baader zu sehen waren, gab es minutenlang frenetischen Beifall. Ein Streit über das Rederecht für die in der Pohlekampagne sehr aktiven Anarchisten auf dieser Veranstaltung drohte zu einer Schlägerei auszuarten. Die Rufe „Freiheit für Pohle" führten jedoch immer wieder zu Gemeinsamkeit in der Solidaritätskampagne mit Rolf Pohle zurück. Rolf Pohle ist für die Mehrzahl der linken Gruppen in Athen die Symbolfigur, das Zeichen, unter dem sie zur mindestens zeitweiligen Gemeinsamkeit finden.

In der Innenstadt von Athen hängen an allen Ecken Plakate mit dem Bild von Pohle und der Forderung nach seiner Freilassung.

Die Gründe für diese Solidarität weiter Kreise der Öffentlichkeit: Zunächst einmal haben die Griechen aufgrund ihrer jüngsten Vergangenheit und ihres Kampfes gegen die faschistische Militärjunta ein anderes Verhältnis zu Waffen, Sprengsätzen und Bomben. Wenn die Rede auf Handlungen kommt, bei denen solche Mitel verwandt wurden, geht nicht gleich ein Brett runter, hinter dem sie nicht mehr weiterdenken, weiterdiskutieren. Die Griechen wissen, was bewaffneter Widerstandskampf ist. In jeder Familie kennt man jemanden, der im Zusammenhang mit solchen Taten unter der Junta verfolgt wurde.

Vor allem aber wissen die Griechen aus direktem eigenen Erleben, was imperialistische Unterdrückung ist.

Vor einem halben Jahr noch waren die griechischen Zeitungen voll von Enthüllungen darüber, in welchem Maße der US-Geheimdienst CIA direkt an der Installierung und Aufrechterhaltung der Militärdiktatur in Griechenland beteiligt war. Nach diesen Erfahrungen ist das Streben nach Unabhängigkeit und der Kampf gegen jede Einmischung von außen die wichtigste Strömung im polischen Leben des Landes.

Der Kampf der Griechen gegen das Verbleiben der NATO-Stützpunte der US-Armee in Griechenland zeigt dies.

Die NATO wird wegen ihrer Rolle während der Militärdiktatur und wegen ihrer Rolle in der Auseinandersetzung mit der Türkei im Zypern-Konflikt aber auch jetzt in der Frage der wirtschaftlichen Nutzung der Ägäis immer mehr als Gegner, als Unterdrückungsinstrument begriffen.

Das Gewicht der BRD in der NATO, die wirtschaftliche Macht der BRD in Europa, die Unterstützung der Türkei durch die BRD und im Falle Pohle — das direkte Einschreiten deutscher Polizeiorgane in Griechenland, der offene und versteckte politische, wirtschaftliche Druck — bewirkten, daß sich der Kampf um Unabhängigkeit, nationale Würde und nationale Selbständigkeit gegen die BRD richten mußte. Eine eher rechtsstehende Zeitung in Athen schreib, als die deutschen Polizeibeamten abgeflogen waren: „Die Skalpjäger haben das Land verlassen."...

Hinzu kommt, daß Rolf Pohles inzwischen als Vertreter der Gruppen aus der BRD angesehen wrid, die während der Militärdiktatur den griechischen Widerstand durch Demonstrationen ermutigt, durch Publikation über die Verhältnisse in Griechenland und in den griechischen Gefängnissen aufgeklärt und ganz direkt durch Geldsammlung den Widerstand unterstützt hatten.

Es wurde veröffentlicht, daß Pohle selbst an Demonstrationen in München vor dem griechischen Konsluat teilgenommen, solche Demosntrationen als erster Vorsitzender mitorganisiert hatte, daß er Demonstranten als Referendar vor Gericht in München verteidigt hatte, daß er Mitherausgeber von Broschüren und Publikationen über die Verhältnisse in Griechenland war, und daß er sich an Geldsammlungen für Waffen und anderes für den griechischen Widerstand beteiligt hatte.

Für die Linke in Griechenland schließlich ist dies nach 20 Jahren eine Gelegenheit, sich an einem Fall der internationalen Solidarität zu sammeln und weite, nicht organisierte Kreise zu politisieren. Den griechischen Genossen fehlt die Erfahrung der Politisierung und Mobilisierung, die die europäische Linke in anderen Ländern an dem Ausrottungskrieg der USA in Vietnam, an dem Terror in Persien und nicht zuletzt an dem Terror der Militärdiktatur in Griechenland erfahren hatte. Die griechischen Genossen waren während des Vietnamkrieges mit dem Kampf gegen die Diktatur im eigenen Lande vollauf beschäftigt. Außerdem wurde jeder kleinste Ansatz eines offenen Anti-US-Protestes sofort radikal unterdrückt und ausgemerzt.

Staunend und weitgehend mit Unverständnis nehmen die griechischen Genossen zur Kenntnis, daß es in der BRD keinerlei

Solidaritätsbewegung mit Pohle gibt, ja, daß man innerhalb der Linken von diesem Vorgange bis zu dem Urteil in erster Instanz nicht einmal Notiz genommen hatte.

Der Prozeß vor dem Oberlandesgericht fand in einem Bau des Athener Gefängnisses statt, der für die Prozesse gegen die Obristen gebaut worden war.

Als einziger Zeuge wurde der von der Verteidigung benannte Rechtsanwalt Ströbele gehört. Fast alle Richter stellten Fragen nach der Politik und nach dem Selbstverständnis der RAF. Aber sie fragten auch – vor allem der Richter „Z" –: Ist die BRD eine Demokratie?
Geschieht in der BRD, was die Mehrheit des Volkes will?
Wie sind die Verhältnisse in den Gefängnissen der BRD?
Besteht für jeden Gefangenen die Möglichkeit, gegen Maßnahmen während der Haft einen Richter anzurufen?
Ist die Justiz in der BRD unabhängig?
und so weiter.

Die Antworten:
Verfassung und gesellschaftliche und politische Wirktlichkeit und Praxis differieren stark.
Das Zustandekommen der Mehrheiten im Parlament ist nicht frei: Oppositionelle, die sich politisch betätigen, werden mit Berufsverboten und anderem verfolgt.
Durch unabhängige, vom Gericht ausgesuchte medizinische Sachverständige ist festgestellt worden, daß politische Gefangene und insgesondere die Gefangenen aus der RAF durch jahrelange Isolationshaft schwere Gesundheitsschäden erlitten haben. Gleichwohl ist diese Sonderbehandlung höchstrichterlich gerechtfertigt worden. In einem Fall, in dem ein unabhängiger Richter die Aufhebenung der Isolationsmaßnahmen für die Gefangene Proll angeordnet hatte, ist dieser Beschluß ignoriert und fünf Monate lang nicht durchgeführt worden.
Das Wort Isolationshaft darf in dem Prozeß in Stuttgart-Stammheim gegen die Gefangenen aus der RAF nicht mehr benutzt werden. Durch Gerichtsbeschluß ist festgestellt worden, Fragen und Vorhalte, die dieses Wort enthalten, sind unzulässig.

Diese Antworten wurden von der Presse dahin gewertet, Rechtsanwält Ströbele habe die BRD als „Reformfaschistischen Staat" bezeichnet. Ein Wort, das Pohle in dieses Verfahren eingeführt hatte.

Pohle gab in der Verhandlung eine politische Erklärung ab, in der er darstellte, daß „wir im dritten Weltkrieg leben, dem Krieg des US-Imperialismus gegen die Menschheit." ...

In seinem Schlußwort ging Pohle auf die Argumente des Staatsanwaltes ein, der offengelassen hatte, ob die Verurteilung Pohles nach § 129 StGB ein politisches Delikt betreffe, aber seinen Antrag auf Auslieferung damit begründet hatte, Pohle sei auch wegen Betruges, Urkundenfälschung im Zusammenhang mit Waffenbeschaffung bestraft worden und dieses seien gemeine Straftaten.

Das Schlußwort beginnt:

Vor acht Jahren wurde ein Student in München zu mehrmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt, weil er das griechische Konsulat der Militärdiktatur den Widerstandsartikel der griechischen Verfassung § 140 gemalt hatte.

Er wurde nicht wegen politischer Delikte, sondern wegen Sachbeschädigung bestraft.

Vor sechs Jahren wurde ein Demonstrant in München zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er an einer Demonstration gegen das Generalkonsulat der griechischen Militärjunta in München teilgenommen und gerufen hatte, „deutsche Polizisten schützen die Faschisten".

Er wurde nicht wegen politischer Delikte, sondern wegen Beleidigung, übler Nachrede und Landfriedensbruch bestraft.

Pohle beantragte dann beim griechischen Volke die Anerkennung als politischer Widerstandskämpfer.

Als nach zwei Tagen Beratung das Obergericht die Auslieferung ablehnte, rief Pohle unter dem Beifall der Zuhörer: „Lang lebe die Demokratie in Griechenland".

INFORMATIONS– UND DOKUMENTATIONS-ZENTRUM IN BOLOGNA

BOLOGNA (ID) 2.September In Bologna entsteht ein Projekt, dessen Ziel es ist, in Italien Informationen aus den „überentwickelten" Aus-Ländern (Nordeuropa, USA, Japan) zu verbreiten; Informationen, die anderweitig dort nicht, oder nur für wenige Privilegierte zu haben sind, für die jedoch bei vielen – bei der italienischen Linken jenseits der traditionellen Parteien – ein Bedarf besteht. Das heißt in erster Linie: Informationen darüber, was die Linke in anderen Ländern ist, was sie macht und was mit ihr gemacht wird, worüber sie diskutiert oder nicht diskutiert, was sie liest und was sie schreibt.

Hierfür besteht in Italien ein Bedarf, der von den dort existierenden linken Zeitungen nicht gedeckt wird und auch nicht gedeckt werden kann, solange die dahinter stehenden politischen Gruppen die wenigen Auslandsinformationen, die sie bekommen, noch durch ihre Interpretationssiebe laufen lassen, die dann von der wirklichen Situation in dem betreffenden Land meist nicht mehr viel erkennen lassen.

Dieser generelle Informationsmangel besteht nicht nur hinsichtlich dessen, was im Ausland passiert, sondern genauso, was die Diskussion innerhalb der Linken in den betreffenden Ländern betrifft. Werden hierüber tatsächlich einmal Texte veröffentlicht, so ist ihre Auswahl meist völlig beliebig oder erfolgt hauptsächlich im Hinblick auf ihre Verkaufserfolge (wenn sie irgendwie spektakulär sind oder in ihrem Erscheinungsland bereits linke Kassenschlager waren). Vor allem jedoch kann ihre Relevanz von den potentiellen Käufern kaum beurteilt werden.

Indem wir diese beiden Aspekte bei unserer Arbeit miteinander verbinden werden, hoffen wir, in Italien zu einer realeren Einschätzung der linken Bewegungen im Ausland beitragen zu können.

Das Kollektiv, das daran arbeitet (bis jetzt vier full-timer und viele lose Mitarbeiter), ist autonom, d.h. es gehört keiner Organisation an, zählt sich zur undogmatischen Linken.

Das Projekt besteht aus drei Teilen:

1. Ein *centro di documentazione* (eine Art Archiv), wo Informationsmaterial aus den genannten Ländern gesammelt und katalogisiert wird.

Auswahlkriterien: Das Material soll aus dem gesamten Spektrum der nicht-reformistischen Linken der jeweiligen Länder kommen. Der Schwerpunkt richtet sich jedoch auf ansonsten in Italien kaum zugängliches Material über Basis-Intiativen, unorganisierte Aktivitäten, ‚stille' Projekte.

Praxis: Nachrichten, möglichst direkte und knappe Berichte, wie man sie in ID, Extra-Dienst, Basis- und Lokalzeitungen, aktuellen Dokumentationen etc. findet.

Theorie der Praxis: Diskussionspapiere, Zeitschriften, Broschüren, Kongressmaterialien und ähnliches.

Praxis der Theorie: ausführlichere Analysen, theoretische Aufsätze und Bücher usw.

Ein ähnliches Dokumentations-Zentrum – jedoch nur für Materialien aus und für Italien – wird in Bologna z.Zt. von Genossen aufgebaut, die dort einen Buchladen betreiben. Über sie werden wir die Möglichkeit haben, auch umgekehrt Informationen über Italien in andere Länder zu übermitteln, an diejenigen, von denen wir unsere Informationen beziehen.

2. Ein *bollettino d'informazione*
Erscheinungsweise: 14 tägig (später - wenn möglich - wöchentlich)
Inhalt: a) aktuelle Auslandsnachrichten (knapp, ID-artig),
b) ausführlichere Berichte über Themen, die in einem bestimmten Aus-Land bei der Linken oder einem Teil von ihr gerade aktuell sind,
c) Rezensionen ausländischer Bücher und — soweit diese die Diskussion innerhalb der Linken beeinflussen, Berichte über ihre Wirkung.

Auswahlkriterien: Da wir nicht ständig überall selbst sein können, sind unsere Möglichkeiten, die bei uns eintreffenden Nachrichten zu überprüfen, sowie schwer zugängliche Nachrichten zu erhalten, beschränkt. Wir sind deshalb bei der Auswahl der Themen auf die Signalisierung seitens der ausländischen Genossen angewiesen. Der Kontakt zu einem möglichst breiten Spektrum der Linken wird die Voraussetzung dafür sein, daß wir nicht aus Ignoranz-Gründen nur bestimmte Strömungen der Linken und nur einzelne Aspekte ihrer Diskussion privilegieren. Denn so etwas gibt es in Italien bereits: Die 3 italienischen Tageszeitungen der Gruppen links von der PCI sind ein drastisches Beispiel dafür, zu welchen Fehleinschätzungen (z.B. hinsichtlich der Situation in der BRD) eine Informierung führt, die hauptsächlich auf der Basis internationaler Gruppenbrüderschaft beruht.

Hauptabnehmer: die Basis-Kollektive, Basis-Zeitungen, linke Radiosender und andere Medieninitiativen (Film-, Video, usw.Gruppen), Kollektive an der Uni, die zahlreichen linken Buchläden (links von der Feltrinelli-Kette), Einzelabonnenten.

3. *Aufbau fremdsprachlicher Abteilungen in italienischen Buchläden.*

Der Nachfrage an ausländischer linker Literatur in Italien, die durch das bolletino verstärkt und konkretisiert werden kann, wollen wir dadurch nachkommen, daß wir in Zusammenarbeit mit den Genossen der Buchläden dort fremdsprachliche Abteilungen aufbauen (zunächst in Mailand und Bologna). Der Verkauf solcher Texte würde dann gleichzeitig auch einen ungefähren Index dafür abgeben, was übersetzenswert ist.

Wir hoffen auf die Mitarbeit von allen! Das heißt insbesondere auf die Mitarbeit von: Zeitungs- und Medienkollektiven, Buchläden und Zentren, linken Verlagen.

Mit vielen dieser Gruppen haben wir bereits gesprochen und mit ihnen folgendes vereinbart:

- Die Zeitungs- und Medienkollektive schicken uns regelmäßig ein Exemplar ihrer Publikationen zu;
- die linken Verlage ein Belegexemplar ihrer Neuveröffentlichungen(für das centro di documentazione, zurRezension, als Grundlage für Bestellungen der Buchläden, mit denen wir zusammenarbeiten.)
- Die Genossen aus den Buchläden schicken uns Material zu, das wir nicht direkt von denen bekommen können, die es produzieren (unregelmäßig oder einmalig erscheinende Broschüren, Dokumentationen), bzw. machen uns auf neuentstehende Zeitungs- oder Verlagsinitiativen aufmerksam. Ferner signalisieren sie uns, welche Bücher in ihren Läden aktuell besonders verkauft werden. Was die Leute, die zu ihnen kommen, hauptsächlich interessiert, wo bei bürgerlichen Verlagen wichtige Texte erscheinen.

Diejenigen, mit denen wir bis jetzt noch nicht selbst reden konnten, bitten wir, dasselbe zu tun und sich deswegen mit uns in Verbindung zu setzen.

All denen, die uns ihr Material schicken, senden wir im Austausch dafür unser bolletino zu, das im November/Dezember zum ersten Mal erscheinen wird. Außerdem bitten wir euch, uns zu sagen, was euch in Italien interessiert, was ihr braucht, damit wir genauer diskutieren können, wie man den Informationsfluß aus Italien ins Ausland besser organisieren kann.

Unsere vorläufige Adresse:
centro die dokumentazione internazionale
c/o libreria ,il picchio'
via Mascarella 24, 40100 Bologna, Italien

AUTONOME FRAUENGRUPPEN IN ITALIEN VERFASSEN GESETZESENTWURF ZUM NEUEN ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN

ROM (ID) 30. August Ende September wird im italienischen Parlament die Neufassung des Abtreibungsparagraphen diskutiert werden. Dazu haben am 16. Juli etwa 50 Frauen aus der feministischen Frauenbewegung der Öffentlichkeit, d.h. vor allem der gesamten Frauenbewegung, den Entwurf eines Gesetzes präsentiert, der die Position der autonomen Frauenbewegung zur Abtreibung ausdrücken soll.

Dieser Gesetzesentwurf war eine Woche vorher auf einem nationalen Treffen von etwa 150 Frauen in zweitägiger Sitzung kollektiv erarbeitet worden. Da sich über einige Punkte aber noch keine Einigkeit herstellen ließ, soll der Entwurf noch ausdiskutiert werden. Das Projekt ist vor allem von Frauen, die sich in der Diskussion und Praxis für die selbstbestimmten Konsultorien engagieren, ausgearbeitet worden, die Initiative dazu kam aus Turin vom feministischen Delegiertenrat der Konsultorien. Diese sind eine Art Beratungsstellen, die vom Staat im Rahmen einer Gesundheitsreform unterhalten werden, und die die Feministinnen für sich „umfunktionieren" wollen, als Versammlungs- und Organisationsort für die Frauen, Abtreibungszentren, Beratungsstellen für Gesundheit und Verhütungsmittel, Entwicklung einer neuen Medizin etc.. Aus den Erfahrungen dieser Prexis hat sich der Vorschlag für ein feministisches Abtreibungsgesetz entwickelt: ausgehend von der Tatsache, daß keine Partei der Linken die Interessen der Frauen nach Selbstbestimmung vertritt, und daß keiner der vorliegenden Gesetzesentwürfe (der Sozialistischen und der Radikalen Partei) den Bedürfnissen der Frauen entspricht, soll der neue Entwurf — gemacht von Frauen für Frauen — juristisch präzisieren und absichern, was die Forderung nach freier und kostenloser Abtreibung, die Forderung nach der Selbstbestimmung über den eigenen Körper heißen kann.

In der Bewegung unausdiskutiert ist dabei die Definition der Abtreibung: der jetzige Entwurf enthält eine Formulierung, die eine Abgrenzung zwischen Abtreibung und Geburt vornimmt; von Geburt ist dann die Rede, wenn der Fötus autonom lebensfähig ist, also ab dem sechsten oder siebten Monat der Schwangerschaft. Unklar ist auch, wie den Freuen, die danach abtreiben, die Straffreiheit gewährt bleibt. Die anderen wesentlichen Punkte sind — bisher — nicht umstritten: Minderjährige sollen auch ohne Einwilligung der Eltern abtreiben können. Die Abtreibung muß von der Krankenkasse bezahlt werden, ebenso die vorherige und darauffolgende Behandlung. Sie soll in allen öffentlichen sanitären Einrichtungen — also auch den Konsultorien z.B. — vorgenommen werden können, und zwar auch von para- und nichtmedizinischen Personal (so auch von den Frauen selbst). Diesem „Personal" muß entsprechendes medizinisches Wissen über Verhütungsmittel und die neuesten und schonendsten Abtreibungsmethoden vermittelt werden, das auch die Erfahrungen der Frauenbewegung mit einbeziehen soll. Diese Kurse sollen von der Frauenbewegung kontrolliert werden. Das ist ein weiterer schwieriger Punkt, den „Frauenbewegung" ist juristisch kein präzis definierter Begriff, muß inhaltlich eindeutiger gefaßt werden, damit eine reaktionäre Verwendung ausgeschlossen ist. Ärzte, die nicht abtreiben wollen, müssen begründen, warum. Unsachgemäßes, unnötig schmerzhaftes und diffamierendes Vorgehen bei der Abtreibung soll unter Strafe gestellt werden, ebenso wie eine erzwungene Abtreibung.

Im Entwurf soll die größtmögliche individuelle Entscheidungsfreiheit der Frau abgesichert werden, und gleichzeitig sollen der Frauenbewegung Möglichkeiten garantiert werden, über die Praxis der Abtreibung eine bestimmte Kontrolle auszuüben und sie zur Weiterentwicklung einer feministischen Praxis zu nutzen, d.h. auch die Praxis der klandestinen Abtreibungszirkel jetzt zu legalisieren.

Mit diesen Inhalten ergibt sich natürlich ein totaler Widerspruch zu den christlichen und faschistischen Parteien, aber auch zu den reformistischen, der PS und der KP. Die KP stellt ins Zentrum ihrer Argumentation zur Abtreibung das Problem der „bewußten Mutterschaft", was die Feministinnen in der Präambel zum Gesetz ausdrücklich ablehnen: die Frau soll sich in einem umfassenden gesellschaftlichen Zusammenhang autonom definieren, ihre Freiheit kann nie über ihre Rolle als Mutter bestimmt werden.

Voraussetzung für eine Präsentation im Parlament ist, daß mindestens acht Deputierte das Gesetz vorschlagen müssen: ganz sicher werden die sechs Abgeordneten der „Democrazia Proletaria" (DP) das Gesetz vertreten, und vielleicht finden sich noch zwei andere. Wenn das nicht klappt, bleibt die Möglichkeit eines Referendums: dafür müssen 500.000 Unterschriften gesammelt werden. Bis zur Parlamentsdebatte Ende September ist nur noch wenig Zeit dazu.

Es wäre ganz falsch, diesen Gesetzesentwurf als „legalistische Fixierung", als Schwäche etc. verstehen zu wollen: die Frauenbewegung geht aus von einer Position der Stärke. Die Delegation, die Wahl zwischen kleineren Übeln wird abgelehnt, der Staat und die Parteien sollen die feministischen Positionen akzeptieren, d.h. die Forderung der Frau nach Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper. Außerdem ist für die Frauenbewegung auch die Möglichkeit einer umfassenden öffentlichen Diskussion und Mobilisierung verbunden, etwa wie sich die explizit politischen Positionen in der Frauenbewegung gegenüber den linken Parteien d.h. vor allem der KP, mehr klären werden.

Die neue Regierung wird jedenfalls mit dieser Diskussion um die Neufassung des Abtreibungsparagraphen ihre erste harte Nuß zu beißen haben.

"WIR WISSEN NOCH NICHT WIE, ABER WIR WERDEN GEWINNEN"

KOPENHAGEN (ID) 2.September

Die königliche Porzellanwarenfabrik in Kopenhagen existiert seit 200 Jahren. 1250 Arbeiterinnen und Arbeiter – vorwiegend Frauen, viele Alleinstehende mit Kind – und 450 leitende Angestellte sind dort beschäftigt. Früher haben in dieser Fabrik Töchter ‚aus gutem Hause' ohne Lohn gearbeitet, weil die Arbeit – Handmalerei – als 'fein' galt. Heute wird einigen Frauen das Minimum an Lohn in ganz Dänemark gezahlt – 25 Kronen pro Stunde – als Mindestlohn für Akkordarbeit. Das reicht gerade zum Überleben.

Die Arbeitsbedingungen sind trotz des niedrigen Lohns und der Stücklohnarbeit insofern gut, da die Frauen in einem ruhigen Raum zusammensitzen und sich beim Bemalen der Teller unterhalten können. Aus diesem Grunde bleiben auch viele trotz des niedrigen Lohns dort. Die Männer, die vorwiegend an Drehscheibe und Brennofen arbeiten, verdienen im Durchschnitt mehr als die Frauen, obwohl die Arbeit der Frauen höher qualifiziert ist. Die Ausbildungszeit zum Bemalen des Geschirrs beträgt 1 1/2 Jahre.

Seit dem 17.Juni 1976, also seit zweieinhalb Monaten, befindet sich die gesamte Belegschaft im Streik. Sie fordert eine Erhöhung des Mindestlohns von 25 Kronen auf 31,51 Kronen. Diese Forderung wurde beschlossen, weil sie der Durchschnitt der Akkordlöhne aller Porzellanmalerinnen in der Fabrik ist. Das entspricht 13,10 DM.

Wichtig ist, daß nur 200 der 1250 Beschäftigten direkt vom Lohnkampf betroffen sind. Die Forderung nach Erhöhung des Mindestlohns und die Tatsache, daß die gesamte Belegschaft dafür streikt, ist außergewöhnlich: Die unqualifizierten Arbeitskräfte, die so wenig Lohn bekommen, sind stärker den Konkurrenzbedingungen unterworfen und daher in ihrer Kampfposition schwächer als qualifizierte Arbeiter. Der Zusammenschluß der Facharbeiter und der unqualifizierten Arbeiter für die Erhöhung des Mindestlohns ist daher ein großer Fortschritt.

Obwohl allen Arbeitern gekündigt worden ist, gehen sie jeden Tag für einige Stunden in die Fabrik, organisieren den Streik, diskutieren Publikationen für die Presse usw. Die Frauen fahren in Gruppen in andere Städte, um die Bevölkerung über den Streik zu informieren und Geld für die Streikkasse zu bekommen. Dafür bemalen sie mit Filzstift Pappteller mit den Ornamenten der königlichen Porzellanfabrik – was einer Entweihung des teuren Geschirrs gleichkommt – und verkaufen sie zum Solidaritätspreis von 10 Kronen. Diese Teller sind sehr gefragt; die Frauen kommen mit der Produktion kaum nach. Eine Brauereigewerkschaft z.B. kaufte ihnen 15 Pappteller zum Solidaritätspreis von 34 000 Kronen ab. Im Hafen von Helsingör, in dem ca. 3000 Leute arbeiten, hat eine Gruppe in 2 1/2 Stunden für 5000 Kronen Teller verkauft. Auch auf einem grossen Frauenfest in Kopenhagen wurden Stände gemacht. Darüberhinaus zahlen einige Arbeiter aus anderen Fabriken wöchentlich 10 Kronen von ihrem Lohn an die Streikenden. Bisher ist so viel Geld zusammengekommen, daß an alle Streikenden 300 Kronen (= 125,-DM) in der Woche ausbezahlt werden konnten.

Am 28./29.8. fand in ‚Christiania', einem alten Stadtteil Kopenhagens, der von den Bewohnern in Selbstverwaltung bewohnt wird, eine Solidaritäts- und Kulturveranstaltung statt. 10 000 kamen und, was bedeutsam ist, viele populäre Künstler, – Dichter , Sänger, Musiker – drückten ihre Solidarität aus. Der finanzielle Erfolg konnte sich auch sehen lassen: 46 000 Kronen Überschuß konnten in die Streikkasse gelegt werden.

Warum findet dieser Streik so große Beachtung und Unterstützung und worin liegt seine Bedeutung?

Zum einen ist seit kurzer Zeit ein Gesetz in Kraft, das die Situation für die Arbeiter verschlechtert: Die prozentuale Lohnerhöhung wurde auf jährlich 2% begrenzt. Den Betrag, den der Unternehmer – gemessen an den Preissteigerungen – mehr hätte zahlen müssen, zahlt der Staat in einen Fonds für Altersrenten. Aus diesem Fond können die Unternehmer Geld für Investitionen entleihen.

Weiterhin gibt es seit 1899 eine Bestimmung, nach der sich Arbeit‚geber' und Gewerkschaften alle zwei Jahre über Arbeitsbedingungen, Renten usw. sowie auf bestimmte prozentuale Lohnerhöhungen einigen, die den Preissteigerungen entsprechen sollen. Können sich Arbeitgeberverband und Gewerkschaften nicht einigen, wird ein staatlicher Schlichter eingeschaltet.

Unter sozialdemokratischer Regierung ist es bisher zweimal vorgekommen, daß der Schlichtungsvorschlag per Gesetz durchgeführt wurde, obwohl die Arbeiter dagegen gestimmt hatten.

Alle Streiks außerhalb dieser Verhandlungen sind illegal und dürfen von der Gewerkschaft finanziell nicht unterstützt werden. Die Arbeiter müssen, wenn sie trotzdem streiken, für den Produktionsausfall aufkommen.

In der ‚königlichen' bezahlt der ungelernte Arbeiter 10 Kronen, der gelernte 12 Kronen, wenn er eine Stunde Arbeit ausfallen läßt. Dieser Betrag wird den Arbeitern, wenn sie die Produktion wieder aufnehmen, vom Lohn abgezogen.

Die Situation ist also kompliziert. Das Arbeitsgericht verurteilte die Belegschaft bereits zur Zahlung von 2 Mio. Kronen und ließ in den letzten Tagen (30./31.8.) Bußgeldbescheide in Höhe von 700 bis 800 Kronen an die Arbeiter gehen: Zahlbar innerhalb von acht Tagen. Dagegen wurde Widerspruch eingelegt. Die Entscheidung darüber ist noch offen.

Die Gewerkschaft (Keramisk Forbund) darf den Streik finanziell nicht unterstützen, sonst muß sie Strafe zahlen. Der Gewerkschaftsvertreter ist gehalten, die Arbeiter jeden Tag dazu aufzufordern, wieder an die Arbeit zu gehen, sonst muß auch dafür Strafe gezahlt werden. Die einzige Form, in der die Keramikgewerkschaft den Streik unterstützt, ist durch die Bereitstellung von Druckerei und Räumen. Andere Gewerkschaften unterstützen die Arbeiter durch den Kauf von Papptellern.

Die Wiederaufnahme der Produktion mit anderen Arbeitern ist wegen der hochqualifizierten Arbeit nicht möglich. Trotzdem sind die Unternehmer der königlichen Porzellanfabrik noch nicht zum Nachgeben gezwungen, weil sie aus dem Fond des Unternehmerverbandes Geld für den Produktionsausfall bekommen. Der Unternehmerverband besitzt aus Beiträgen der Mitglieder 600 Millionen Kronen, mit denen sie streikgeschädigte Unternehmen unterstützen. Der Ausgang des Streiks in der königlichen Porzellanfabrik ist dem Verband so wichtig, daß noch mehr Geld als üblich zugesagt wurde, wenn sie den Forderungen der Arbeiter nicht nachgeben. Gewinnen die Arbeiter den Streik, so bekommen die Unternehmer der Porzellanfabrik vom Unternehmerverband keine Öre.

Die Arbeiter müssen für jeden Streik außerhalb der Lohnverhandlungen ‚Strafe' zahlen – ob sie gewinnen oder nicht. Das schwächt ihre Kampfbereitschaft.

Um so bedeutungsvoller ist der Ausgang dieses Streiks für alle anderen Arbeiter. Es geht letztlich um die Frage, ob die Position der Unternehmer so stark ist, d.h. ob sie das neue Gesetz gegen die Arbeiter anwenden können oder ob es nur auf dem Papier steht. Auf die Frage, was sie über den Ausgang des Streiks denken, antwortete eine der Arbeiterinnen: „Wir wissen noch nicht wie, aber wir werden gewinnen".

STREIK BEI DEN DUBIED–WERKEN

ZÜRICH (zeitdienst/ID) 27. August

Die Arbeiter der drei Dubied-Werke in Couvet, Marin und Peseux befinden sich nunmehr seit über zwei Wochen im Streik. Die Streikenden halten nach wie vor an ihrer Hauptforderung fest: Bezahlung des 13. Monatslohnes für 1976: 2.000 Fr. für jeden.

Wie schon bei der Marisa haben auch bei der Dubied die Arbeiter Streikkomitees gebildet, um den Kampf organisiert führen zu können. Damit stellt sich für die Arbeiter – wie bei jedem Arbeitskampf – die Frage des Verhältnisses zur Gewerkschaft, in diesem Fall zum SMUV (Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiter Verband).

Der SMUV hat bekanntlich 1937 mit dem Unternehmerverband der Metall- und Uhrenindustrie (ASM) den Friedensvertrag abgeschlossen, der u.a. festlegt, daß der Streik kein Mittel sein darf, um Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und den Unternehmern auszutragen. Bei Uneinigkeiten zwischen den „Sozialpartnern" soll das Schiedsgericht angerufen werden und urteilen. Das Urteil dieses Schiedsgerichts ist von beiden Seiten anzuerkennen, wie ein Gesetz. Im Gegensatz dazu haben andere Branchen nur eine sogenannte Schlichtungsstelle, deren Entscheide rechtlich keinen verbindlichen Charakter haben.

Für dieses Jahr versuchte die Dubied-Direktion eine zehnprozentige Lohnkürzung und die 75prozentige Streichung des dreizehnten Monatsgehaltes durchzusetzen. Dieser Versuch verletzt den letzten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) offen, in dem u.a. der dreizehnte Monatslohn für dieses Jahr zu hundert Prozent zugesichert ist. Doch die Gewerkschaft antwortete nicht mit der notwendigen Entschlossenheit auf diesen Angriff auf vertraglich bereits verbrieftes Recht. Obwohl sie die Kürzung des dreizehnten Monatslohnes ablehnte, ließ sie sich auf Diskussionen darüber ein und akzeptierte, daß die ganze Angelegenheit dem Schiedsgericht unterbreitet wurde. Dieses Gericht entschied klar zugunsten der Unternehmer.

Nach diesem Urteil ist der Fall juristisch eindeutig: der Streik der Dubied-Arbeiter ist formell rechtswidrig. Die bürgerlichen Zeitungen betonen diese Tatsache bei jeder Gelegenheit. Sie erhoffen sich damit eine offizielle und klare Distanzierung der SMUV-Geschäftsleitung. Sollte der SMUV diesen „illegalen" Streik trotzdem national unterstützen (und demzufolge die vorhandenen Streikkassen öffenen), so muß er damit rechnen, eine hohe Konventionalstrafe (jedenfalls ein sechsstelliger Frankenbetrag) sozusagen als Buße zahlen zu müssen. Und das alles, obwohl zuerst der Unternehmer ein vertraglich fixiertes Recht der Arbeiter angegriffen hat.

Weshalb diese Ausführungen? Der Gang dieser Ereignisse zeigt bilderbuchhaft, daß der Weg der Konfliktregelung, wie er mit dem Friedensabkommen festgelegt wurde, ein Weg ist, mit dem die Arbeiter ihre Rechte nicht einmal verteidigen, geschweige denn ausbauen können. Das zu einem bestimmten Zeitpunkt festgesetzte Recht ist immer nur der Ausdruck eines vorhandenen Kräfteverhältnisses. Das Schiedsgericht hat sich über den Vertrag hinweggesetzt und dem Unternehmer recht gegeben. Niemand sprach von Bruch des Arbeitsfriedens. Mit dem Streik haben sich die Arbeiter über das Schiedsgericht hinweggesetzt und erste Erfolge haben sie bereits erzielt. Die Direktion verhandelt wieder mit den Arbeitern, obwohl sie nach dem Schiedsgerichtsurteil dazu nicht verpflichtet wäre.

Wenn die Arbeiter der Dubied beschlossen haben, in den Streik zu treten, so nicht, weil sie Chaoten sind, die die liebe Schweizer Wirtschaft ruinieren wollen, sondern weil sie eine Ordnung wollen, die es den Arbeitern erlaubt, sich zu verteidigen, Provokationen gegen erstandene Rechte abzuwehren. Der Arbeitsfriede ist jedenfalls nicht eine solche Ordnung. So konkret, wie die Arbeiter der Dubied die Richtigkeit ihres Streikes beweisen, so konkret muß in allen Betrieben dieser Streik erklärt werden, damit die Parole der Matisa-Arbeiter auch zur Parole der deutschschweizer Metallarbeiter wird: „Der Streik ist die Waffe der Arbeiter".

AUFRUF DER ARBEITER VON DUBIED AN DIE BEWOHNER DES VAL-DE-TRAVERS UND AN ALLE WERKTÄTIGEN:

Die streikenden Arbeiter, von Dubied wollen euch genau über ihre Situation informieren. Die Streichung des größten Teils ihres 13. Monatslohns ist der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt. Seit mehreren Jahren wurden sie von der Direktion getäuscht und belogen. Die Arbeiter von Dubied Couvet, Marin und Pesseux nehmen ihr Schicksal in die eigenen Hände. – Wir fordern:

- Bezahlung des 13. Monatsgehaltes für 1976, Fr. 2.000.- für jeden.
- Umstrukturierung des Unternehmens ohne Entlassungen von Arbeitern und ohne Erhöhung der Arbeitsrhythmen.
- Erneuerung aller Arbeitsbewilligungen B.
- Genaue Information über den Verkauf des Werks Marin,
- Erhaltung des Reallohnniveaus.
- Garantie des 13. Monatslohns für die Zukunft.
- Keine individuellen Arbeitsverträge.
- Keine Repression gegen die Streikenden und ihr Komitee
- Bezahlung der Streiktage.

Mehrere Gruppierungen haben sich organisiert, um uns moralisch und finanziell zu unterstützen. Zu diesem Zweck haben wir ein Postscheckkonto eröffnet: „Comite de Soutien Dubied Couvet", 20-9025 Neuchatel.

Bewohner des Val-de-Travers und Arbeiter, unterstützt unsere Bewegung, denn alle Betriebe und das ganze Tal sind betroffen.

BEISPIELHAFTE UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE MICAFIL-ARBEITER

Viele Arbeiter der Firma Micafil in Zürich-Altstetten forderten gleich nach Streikbeginn die Betriebskommission auf, etwas zur Unterstützung der streikenden Dubied-Arbeiter zu tun. Darauf beschloß die BK einstimmig, vor ihrem Betrieb Solidaritätsunterschriften zu sammeln. Die BK-Mitglieder sammelten – trotz Ferienzeit – innerhalb einer Stunde zweihundertfünfzig Unterschriften.

Sammelt ebenfalls Unterschriften im Betrieb!

• • •

Der Stand der Sache am 2.September ist: Die Arbeiter haben Streikposten aufgestellt, keiner kommt mehr in den Betrieb, auch die Direktoren nicht. Die Verhandlungen, die in der letzten Woche abgebrochen wurden, sind immer noch nicht wiederaufgenommen worden. Heute machte der Staatsrat (Kantonsregierung) einen Schlichtungsvorschlag, nachdem nächsten Mittwoch die Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollten, unter der Bedingung, daß die Streikposten zurückgezogen werden und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen wird. Über diesen Vorschlag werden die Arbeiter am 3.September auf einer Vollversammlung beraten.

AKTIENGESELLSCHAFT „LARZAC"

LARZAC (ID) 2.September

Der Kampf auf der südfranzösischen Hochebene Larzac, den 103 Bauernfamilien vor 5 Jahren gegen die Ausweitung des mitten unter ihnen liegenden camp militaire aufgenommen hatten, weil diese ‚Erweiterung' alle ihre Farmen verschlungen und die Struktur der gesamten Region zerstört hätte – dieser Kampf hat einen neuen schwierigen Wendepunkt erreicht.

Auf den Prozeß gegen die 22 Bauern, die am 28.Juni in das Militärcamp eingedrungen waren (siehe ID Nr. 136), antworteten die Larzac-Bauern und die Unterstützungskomitees Larzac, die es in ganz Frankreich gibt, bisher mit einigen Demonstrationen, die erste in Millau und Rodez, dann in anderen französischen Städten. Schließlich, am 25.Juli auf der Hochebene des Larzac selbst, die schon 1973 und 74 Massendemos mit 85 000 bzw. 105 000 Leuten erlebt hatte.

Um eine Ausweitung des Militärcamps unmittelbar und auf jeden Fall zu verhindern, haben die Larzac-Bauern angefangen, Grundstücke in der Gegend, die weder den 102 noch dem Militär gehören, aufzukaufen. Während des Pfingsttreffens der „Larzac-Universität" haben sie eine zweite autonome Aktiengesellschaft gegründet (GFA Deux). Diese neue Aktiengesellschaft muß für den Ankauf von 3 Höfen 2,5 Mio. NF (Neue Franc) aufbringen. Für 1000 NF kann man eine Aktie und damit symbolisch Miteigentum erwerben. In Frankreich ‚teilen' sich oft recht viele Spender in eine ‚Aktie'.

Wir haben bereits eine gekauft und sparen noch auf weitere. Wer sich daran beteiligen möchte, kann Spenden überweisen auf Postscheckkonto Scheunemann, Frankfurt, Konto Nr. 3315 19 - 605; Stichwort ‚Larzac' und sich für weitere Informationen an uns wenden.

Kontaktadresse: Rainer Scheunemann, Karlstraße 30
6078 Neu-Isenburg. Tel. 06102 / 37281

AKTION GEGEN DIE DROHENDE HINRICHTUNG VON ZWEI IRISCHEN GENOSSEN

MÜNCHEN (ID)
9. August

„Als wir von drohenden Hinrichtungen der beiden Genossen in Irland erfuhren, waren wir ziemlich aufgebracht. Besonders die fiese, brutale Art, wie die Geständnisse erzwungen wurden, hat uns ziemlich getroffen. Neun Münchner Genossen und Genosssinnen machten daraufhin am 5.8. eine Aktion.

Die Idee war, das irische Generalkonsulat in München mit zwei blutigen Schafsköpfen zu verzieren, um so den Protest auszudrücken, die Presse zu interessieren und so Druck auf die Verantwortlichen in Irland auszuüben.

Es konnten auch zwei Zeitungsreporter hingelockt werden, die Fotos von den auf den Zaun gespießten Schafsschädeln und unserem Transparent machten und unsere schriftliche Erklärung durchlasen. Allerdings wunderten wir uns, daß sich im Konsulatsgebäude nichts rührte und nach einer halben Stunde auch noch keine Bullen aufgetaucht waren.

Bald wurde der Grund klar: das irische Generalkonsulat in München wird Ende August aufgelöst, das Personal war wohl schon in Urlaub.

Mit 'nem großen Frust packten wir also unsere Schafsköpfe wieder ein und fuhren zur zweiten irischen Einrichtung in München, der irischen Fremdenverkehrszentrale.

Auch hier standen wir zuerst verdattert rum: die Räume sind im fünften Stock.Doch das hielt uns nicht lange auf. Wir betraten das Büro, knallten die blutigen Schafsschädel auf den Schreibtisch entrollten unser Transparent, drückten dem Büroleiter den Erklärungszettel in die Hand und machten von allem ein paar Fotos. Nach der juristisch korrekt formulierten Aufforderung zum Verlassen zogen wir ganz, ganz friedlich wieder ab.

Einige Genossen wollen Protestpostkarten drucken, Unterschriftenlisten machen und Leserbriefe schreiben."

DIE POLNISCHEN UNRUHEN IM JUNI – DER STREIK IN DANZIG

POLEN (ID/LIBE)
25. Juni

Am 25. Juni 1976 kündigte die polnische Regierung eine Erhöhung der Preise der wichtigsten Konsumgüter um 50 bis 100 % an. Streiks brachen im ganzen Land aus, Demonstrationszüge formierten sich spontan. Alle Alkoholiker und Gammler gingen auf die Straße, wie die Herrscher im ‚sozialistischen' Polen später behaupteten.

Um die wahre Bedeutung dieses Tages einschätzen zu können, muß man sich klarmachen, daß Demonstrationen und Streiks in Polen eine ebenso außergewöhnliche Sache sind wie in Chile. In Ursus bei Warschau und in Radom fanden sehr harte Auseinandersetzungen statt. Ein Augenzeugenbericht, den Liberation am 20. Juli brachte, spricht von 17 Toten allein in Radom. In dieser Ausgabe sollen Augenzeugenberichte von diesem historischen Tag der Danziger Werftarbeiter abgedruckt werden, die das „Polnische Komitee der Jugend für die Realisierung des Abkommens von Helsinki" zusammengestellt hat. Auf Wunsch des Komitees sind diese Berichte unter einem einzigen Pseudonym zusammengefaßt.

In Danzig hatte es keine militanten Demonstrationen, keine Toten gegeben. Nur eine spontane Streikbewegung und eine Protestversammlung in einem Saal auf dem Werksgelände. Eine Diskussion in der keine der beiden Seiten auf die andere einging (discussion de sourds), symptomatisch für den Graben, der die polnischen Arbeiter von den Bürokraten an der Macht trennt, fand zwischen der Direktion, einem Vertreter der Partei und einem Gewerkschaftsvertreter statt. Schon im Dezember 1970 waren die Einwohner von Danzig gegen eine brutale Preiserhöhung auf die Straße gegangen. Offizielle Bilanz: 50 Tote. Die Revolte kostete Ladislas Gomulka seinen Posten als Generalsekretär der Partei und Edward Gierek wurde sein Nachfolger.

Sechs Jahre später jedoch verkündete Gierek selbst nicht etwa seinen Rücktritt, sondern 24 Stunden nach der Verkündigung machte die polnische Regierung angesichts der Breite der Protestbewegung in der Bevölkerung eine Kehrtwendung und annullierte die Preiserhöhungen. Aber die Polizei hat niemals Lust nachzugeben;das zeigte sich an den darauffolgenden Prozessen. Sieben Arbeiter aus Werkzeugmaschinenfabriken in Ursus und weitere sechs Arbeiter aus Radom sind zu Gefängnisstrafen von 3 bis 10 Jahren verurteilt worden. So steht es eben um Streik- und Demonstrationsrecht in sozialistischen Ländern: ihre Wahrnehmung bedeutet jahrelangen Knast. Einige mutige Stimmen in Polen haben sich gegen diese Urteile ausgesprochen: es gibt einen Aufruf von Kuron-Modzelewski vom 20. Juli und drei Tage später einen von 13 anderen Intellektuellen. Diese vereinzelten Stimmen wenden sich an den Westen – doch die Antwort ist mager. Das Schweigen darüber, auf welcher Basis die sogenannten sozialistischen Staaten funktionieren, muß gebrochen werden.

Augenzeugenberichte: „Hier krepiert man vor Hunger!" Am 24. Juni, dem Tag an dem die Preiserhöhung für Grundnahrungsmittel verkündet wurde, konnte man in der Stadt zahlreiche Milizpatrouillen sehen. Die Miliz und die Armee hatten genau am gleichen Tag beträchtliche Gehaltserhöhungen erhalten. Den Soldaten war eine Erhöhung um 600 Zloty pro Monat, den Milizionären eine von 1000 bis 1600 Zloty angekündigt worden, während die Löhne der Arbeiter um nicht mehr als 200 Zloty angehoben werden durften (1).

Am 25. Juni verschwanden die Patrouillen aus den Straßen und Schlangen bildeten sich vor den Geschäften. Schon vor Mittag gab es keinen Zucker mehr. In einem Ort direkt bei Gdingen (Gdynia) waren auf einer Werft schon zwei Abteilungen im Streik: die der Monteure und der Schlosser. Auf der Werft in Danzig wurde eine Gruppe von Arbeitern der Gdinger Werft, die an der Ausrüstung eines Schiffes arbeiteten, am Betreten des Geländes gehindert. Die Frühschicht in Danzig wollte nicht anfangen zu arbeiten und entfernte die Kabel und Rohrleitungen von den im Bau befindlichen Schiffen.

Gegen neun Uhr begannen sich die Arbeiter in ihren Werkshallen zu versammeln und begaben sich darauf vor das Gebäude der Direktion.

Vor der Direktion wurden wir schon vom Direktor erwartet. Er sagte uns, daß man sofort miteinander reden könne, vorher jedoch müßten Lautsprecher installiert werden. Während sie aufgestellt wurden, hat die Direktion davon profitiert, indem sie beim Regionalkomitee anrief. Die Vertreter des Komitees eilten schnellstens herbei. Die Delegation bestand aus dem Ersten Sekretär Fiszbach, dem Unterpräfekten Marianski und dem örtlichen Gewerkschaftsvor-

sitzenden Borosniewics (2). Dieser letztere, der sich ja Gewerkschafter nennt, versuchte zu erklären, daß die Preiserhöhungen eine ökonomische Notwendigkeit seien und daß sie nicht zurückgenommen würden. Der Erste Sekretär der Partei Fiszbach begann seine Rede an die Arbeiter mit dem Wort „Genossen". Die Menge antwortete ihm im Chor:„Wir sind keine Genossen, wir sind Bürger (citoyens), die Genossen, die seid ihr: die Bürokraten."Dann forderte der Direktor die Arbeiter auf, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren und daß sie dort an Ort und Stelle in den Werkshallen diskutieren sollten. Aber die Jungs antworteten, daß sie schon an Ort und Stelle seien und daß sie da diskutieren wollten, wo sie sich befänden.

Die Würdenträger der kommunistischen Partei ergriffen dann das Wort und erklärten, das wahre Ziel der Preiserhöhungen sei, den Besuchern und ausländischen Touristen mehr Geld abzuknöpfen. Darauf antworteten die Jungs, in diesem Fall sei es wohl angebracht die Löhne um 100 % zu erhöhen.

Daraufhin forderten die Arbeiter das Erscheinen von Gierek (Generalsekretär der Partei) und Jaroszewicz (Ministerpräsident) für den nächsten Tag vor sieben Uhr morgens . Die Bürokraten der Partei entgegneten, daß sie dies nicht garantieren könnten, daß aber zweifellos jemand vom Zentralkomitee kommen würde.

Der Direktor der Werft ergriff noch einmal das Wort und betonte daß während der letzten Umstellung die Löhne auf den Werften um 16 % erhöht worden seien. Ein Arbeiter mit seinem Lohnzettel in der Hand präzisierte dann, was dies bedeutete: vor dieser Erhöhung hätte er einen Lohn von 145 Zloty für zehn Stunden Arbeit erhalten und heute bekäme er 145 Zloty und 50 Groschen. Demnach betrug die Lohnerhöhung nur 5 Groschen pro Stunde.

(Zum Vergleich: ein Kilo Brot kostet 6 Zloty, 250 Gramm Butter 18 Zloty, ein Kilo Wurst 60 Zloty, ein Paar einfache Schuhe 500 Zloty).

Daraufhin fragte er den Direktor, wieviel er denn verdiene. Die Antwort:„15000 Zloty, aber ich arbeite auch bis zu 19 Stunden am Tag." Darauf der Arbeiter:„Wohl an ihrem eigenen Kaminfeuer, wie? "

Ein anderer junger Arbeiter sagte:„Wir verdienen 7 Zloty in der Stunde, die Arbeiter in den USA verdienen 7 Dollar." Dann kam ein junger Schlosser aus der Menge und ergriff trotz des Risikos mutig das Wort:„ Um unsere Familien zu ernähren, müssen wir 300 Stunden im Monat arbeiten. Unsere Väter haben für den Achtstundentag gekämpft und wir müssen 12 Stunden am Tag arbeiten!"

Ein weiterer öffnete sein Hemd und sagte:„Es ist mir Scheißegal wenn sie schießen, ich kann nicht ertragen, daß man uns so übers Ohr haut."

Wieder ein anderer erzählte, daß man Arbeiter vom Land, wo Mangel an Arbeitskräften besteht, kommen läßt, indem man ihnen gute Wohnungen und hohe Löhne verspricht. „Aber am Ende krepiert man hier vor Hunger."

Der Gewerkschaftsvertreter ergriff nocheinmal das Wort, um uns zu versichern, daß er auf unserer Seite stehe und selbst auf der Werft gearbeitet habe. Die Menge pfiff ihn aus und die Stimmung wurde heiß. Die Arbeiter riefen:„Man diskutiert hier scheinbar, aber was soll der Hubschrauber über der Werft? Wir sind noch nicht einmal auf die Straße gegangen, und schon ..."

(Während der Kundgebungen und Demonstrationen, die sich im ganzen Land abspielten, machte die polnische Polizei zahlreiche Fotos von Hubschraubern aus. Die Fotos dienten dazu, später die „Schuldigen" zu identifizieren, sie anzuklagen und zu verurteilen.)

Mehrmals sangen die Arbeiter die Internationale, genau zur richtigen Zeit. Um 13 Uhr war die Versammlung zu Ende. Die Arbeiter hatten beschlossen am nächsten Morgen (Samstag) um neun Uhr einen Generalstreik zu beginnen. Dies war eine einstimmige, spontane Entscheidung.

Im Laufe des Nachmittags erfuhr man, daß die Miliz und die politische Polizei einen Angriff, ein Massaker, für den Samstag vorbereiteten, eine Neuauflage des Dezember 1970, nur eben besser. Die politische Polizei und die arbeiterfeindlichen Einheiten der Miliz hatten nämlich inzwischen neue Waffen und eine Spezialausbildung für den Kampf gegen die Arbeiter erhalten.

Um 0 Uhr kam die Meldung, daß die Bürokratie kapituliert und zunächst einmal die Preiserhöhungen zurückgenommen hatte.

Trotzdem gab es Konsequenzen: die aktivsten Teilnehmer des Streiks vom 25. Juni wurden entlassen, die Geheimpolizei verhörte die Leute, die bei der Versammlung geredet hatten.

Die Regierung organisiert eine Gegenkundgebung

Für die Gegenkundgebung zur Unterstützung der bürokratischen Machthaber (Anmerkung: Dieser Teil des Berichts bezieht sich auf eine „Versammlung zur Unterstützung des Genossen Gierek", die am 28. Juni 76 in Danzig abgehalten wurde. Ähnliche Meetings wurden im ganzen Land abgehalten, wenn auch ohne Erfolg, den die offizielle Presse ihnen zuzuschreiben beliebte. Die „Teilnehmer" waren im allgemeinen mit eigens eingesetzten Bussen herangekarrt worden und die Anfahrtswege zu den Kundgebungen scharf bewacht. Das nahm diesen Versammlungen jeden Charakter von Spontaneität.) wurden die Teilnehmer auf Namenslisten aufgeführt, Listen, die von den Bürokraten und der Polizei aufgestellt worden waren. Die „Teilnehmer" waren kleine Chefs, Angestellte und treue Mitglieder der Partei. Es gab einen Verantwortlichen für je zehn von diesen Statisten, man hatte Mitläufer und Feiglinge aus anderen Städten mit speziellen Bussen herbeikommen lassen.

Die Fenster der Dluga-Straße in Danzig waren voll von Miliz die ganze Demonstration über. Sie hatten tragbare Funkgeräte. Auf dem Dlugi-Targ-Platz standen Typen, die beauftragt waren zu applaudieren und ihren Enthousiasmus auszudrücken. Unglücklicherweise waren aber auch Touristen und Passanten da, die sich, angesichts dieser gutorganisierten Gruppe, kaputtgelacht haben.

In der polnischen Tagesschau hat man diese Versammlung nur von weitem gezeigt. Ein verfälschendes Luftbild. Natürlich mußte man ein besonderes Abzeichen am Revers seiner Jacke haben, um an dieser gut geschützten Kundgebung teilnehmen zu können.

Anmerkungen:

(1) Ein Zloty entspricht offiziell etwa 8 Pfennig. Auf dem Schwarzmarkt bekommt man jedoch 100 Zloty für 1 Dollar.

(2) Es gibt nur eine Einheitsgewerkschaft in Polen, die CRZZ. Die Mitgliedschaft in ihr ist nicht obligatorisch, aber gewerkschaftlich organisierte Arbeiter genießen zahlreiche soziale Vorteile.

DER MÖRDER PINOCHET: SCHON DREI JAHRE AN DER MACHT

FRANKFURT (ID) 31. August

Vor drei Jahren, am 11. September 1973, wurde die vom Volk gewählte Regierung der Volkseinheit unter Präsident Allende gestürzt. US-amerikanische Konzerne sahen ihre Investitionen in Lateinamerika, für das Chile eine Hoffnung bedeutete, in Gefahr. Sie schickten Kissinger und den CIA vor.

Zwar ist die Militärdiktatur des Mörders Pinochet weltweit isoliert, der Widerstand des Volkes konnte jedoch aufgrund der barbarischen Repression und der sozialen Misere von Hunger und Arbeitslosigkeit noch keine entscheidende Gegenmacht aufbauen.

Es ist daher notwendig, vor allem finanzielle Unterstützung zu geben. Wir veröffentlichen einen Aufruf der Chilenischen Linken, zu der außer der KP alle wicht igen linken Parteien gehören, zum dritten Jahrestag und zur Unterstützung illegaler Zeitungen.

ZWEI AUFRUFE

Eine Broschüre mit dem Titel „Frauen in Chile" hat die Chile-Frauengruppe in Hamburg gemeinsam mit der Frauengruppe des KB herausgebracht. Kostet 2,50 Mark und ist zu beziehen über den „Arbeiterkampf", Rutschbahn 35, 2000 Hamburg 13.

Aufruf der chilenischen Linken

„Vor drei Jahren stürzten der US-Imperialismus und die chilenische Monopolbourgeoisie die Regierung der Unidad Popular, sie unterdrückten die gewerkschaftlichen und die politischen Freiheiten des chilenischen Volkes und errichteten eine der reaktionärsten Diktaturen in Lateinamerika, die Junta Pinochets.

Die chilenische Arbeiterklasse und das Volk haben sich Schritt für Schritt im Kampf gegen die Diktatur organisiert, indem sie aus der vergangenen Erfahrung lernten und neue Formen des Kampfes und der Organisation lernten.

Die Militärdiktatur Pinochets hat die demokratischen, gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten eliminiert, die Parteien in die Illegalität getrieben, die Menschenrechte mit Füßen getreten und die Arbeiterklasse und das Volk dem Hunger, der Armut und Überausbeutung unterworfen, als einzig mögliche Herrschaftsform der Bourgeoisie, um sich an der Macht zu halten. Nur die organisierte Aktion der Massen unter der Führung der Arbeiterklasse wird unser Volk von der Militärdiktatur und der kapitalistischen Ausbeutung befreien können. Jeder andere Ausweg löst nicht die Probleme des Volkes.

Die chilenische Linke ruft alle fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Sektoren auf zur Solidarität mit dem chilenischen und dem lateinamerikanischen Widerstand in seinem Kampf gegen den großen Militärstiefel, den der Imperialismus unserem Kontinent aufgezwungen hat.

Wir rufen zur Solidarität mit dem chilenischen Vok auf und zur Forderung nach der Anerkennung und Freilassung von tausenden von verschwundenen politischen Gefangenen, die die Junta in ihren geheimen Konzentrationslagern versteckt und deren Leben in Gefahr schwebt.

Wir rufen auf, für die Freiheit der Genossen Exequiel Ponce, Carlos Lorca, Hernan Pacheco, Mario Sottolichio, Victor Diaz, Mario Zamorano, Roberto Sapiain, Luis Quinchavil, Adriel Sepulveda, Quiroz, Freddy Weitzel, Victor Toro und Bautista van Schouwen zu kämpfen.

Die Menschenrechte verteidigen heißt, den Widerstand unterstützen !

Chilenische Linke: PS, MAPU, IC, MIR"
(Sozialistische Partei, Bewegung der Vereinten Volksaktion. Christliche Linke , Bewegung der revolutionären Linken.)

„Projekt zur Unterstützung der illegalen Zeitungen
„Projekt zur Unterstützung der illegalen Zeitungen

Die Untergrundpresse stellt heute eines der wichtigsten Instrumente des Widerstands und der Parteien dar. Die Zeitungen werden von Hand zu Hand weitergegeben, sie informieren die Genossen und die Basiskomitees (Widerstandskomitees, Fabrikkommissionen, Bauernräte usw.), sie verbreiten und vermitteln der Gesamtheit des Volkes die konkreten Erfahrungen des Widerstands und ermöglichen eine Koordination des Kampfes.

Die Untergrundpresse durchbricht gleichzeitig den Bannkreis d des Informationsmonopols, das die Junta dem chilenischen Volk aufzwingen will, sie informiert über die Fortschrtte im Widetstandskampf und die internationale Solidarität.

Die illegalen Zeitungen spielen auch eine hervorragende Rolle, indem sie den Dekcmantel der ideologischen Beherrschung zerreißen, mit dem sowohl die Herrscher von heute die Arbeiterklasse und das Volk zu ersticken versuchen, als auch diejenigen innerhalb der Bourgeoisie, die heute eine Alternative zur Junta darstellen wollen.

Um ihre Organe drucken, publizieren und verteilen zu können, müssen die revolutionären Pareien eine erhebliche Infrastruktur entwickeln, während sie gleichzeitig der schärfsten Unterdrückung und Verfolgung durch die Junta und ihren repressiven Apparat ausgesetzt sind.

Der Widerstand ruft auf, die Untergrundpresse zu unterstützten, um diese erweitern und Druckereien und das notwendige Material finanzieren zu können.

Die illegalen Zeitungen des Volkswiderstandes verstärken und vervielfältigen!

Chilenische Linke."

(Spendenkonten: Joachim Weidner, Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt, Nr. 1553076100, Postscheckkonto Frnakfurt, Nr. 39158-603, Stichwort: Presseprojekt.

DEUTSCH-CHILENISCHER HANDEL GEHT ÜBER LEICHEN

WESTBERLIN/SANTIAGO (CN/ID) 25. Juli

Ende Mai war Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, zu einem mehrtägigen Besuch in Chile. In Santiago angekommen, sagte er in einem Grußwort vor der Deutsch-Chilenischen Handelskammer, die ihr 60jähriges Bestehen feierte, die Kammer liefere ein Beispiel dafür, wie wirtschaftliche Verbindungen politische Veränderungen überdauern. So wortwörtlich die Zeitung „ Blick durch die Wirtschaft" der FAZ vom Freitag, dem 28. Mai 1976.

Wie fatal erinnert dieser Ausspruch an die Leute, die ohne mit der Wimper zu zucken, stets für ihr Vorgehen eine Rechtfertigung fanden: 1918, 1933 und 1945. Wir fühlen uns z.B. erinnert an den Ausspruch Alfried Krupps zu Bohlen und Halbach nach 1945 in einem Verhör: „Wir Kruppianer sind keine Idealisten, sondern Realisten. ... Wir hatten den Eindruck, daß Hitler uns ... eine gesunde Entwicklung bescheren würde. Tatsächlich hat er das getan. Das Parteiwesen vorher war wild. Hitler plante und handelte." (zitiert nach L. Poliakov und J. Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, Berlin 1955, S. 35 ff.).

Warum fuhr Otto Wolff von Amerongen nach Chile? Will er Geschäfte machen, obwohl in Chile die Menschenrechte mit Füßen getreten werden und nur vor großen öffentlichen Ereignissen demonstrative Beweise der Menschenfreundlichkeit eine saubere Weste vortäuschen sollen? Will er Geschäfte machen trotz Chiles ruinöser Wirtschaftslage (Preissteigerungen von noch immer knapp 300 % im Jahr, Arbeitslosigkeit von 18,7 % im Dezember 1975)?

- Er bemüht sich, Chiles schlechte Wirtschaftslage unter der Juntaherrschaft auf die Wirtschaftskrise im internationalen Maßstab und auf den gesunkenen Kupferpreis zurückzuführen. Dabei verschweigt er, daß die Junta zunächst bis Mai 1974 von einem enormen Ansteigen des Kupferpreises um fast 200 % — verglichen mit den letzten Monaten des Jahres 1973 — profitierte. Beschwichtigend meint er zur Wirtschaftskatastrophe, es sei wie bei uns nach dem Krieg. „Er persönlich sei überzeugt, daß Chile auf jenem richtigen Wege sei, den die BRD zu ihrem wirtschaftlichen ‚take off' genommen habe." (vgl. El Mercurio 29.5.76).

- Mit dem erneuten Steigen des Kupferpreises wird Chile für ihn von neuem interessant und er erkundigt sich bereits danach, wie die Währungspolitik dieser neuen Entwicklung Rechnung tragen werde. Deutlich ist das wachsende Interesse am Geschäft, sobald in Chiles Kassen wieder die Kupferdevisen klingeln. Er hofft auf eine Erleichterung der Verwaltungswege für Auslandsinvestitionen. Das bisherige Vorgehen werde im Ausland noch als fehlerhaft betrachtet. (El Mercurio 28.5.76).

- Er lobt die Reprivatisierungspolitik staatlicher Firmen: sie sei — wie man in Europa beobachte — ein klarer Beweis für das wirtschaftliche Wiederaufholen Chiles (El Mercurio 28.5.76). Es ist deutlich, daß dieser staatliche Ausverkauf auch durch eine Veränderung der Statuten des Andenpaktes auf seiner letzten Tagung in Lima im März 1976 erleichtert wurde, nach dem staatliche Betriebe auch an ausländische Unternehmen verkauft werden können.

- Daß die Menschenrechtskommission der UNO Chile verurteilt hat, daß Kirche und internationale Juristenkommissionen wiederholt die grobe Verletzung der Menschenrechte in Chile nachgewiesen haben, ist für einen Otto Wolff von Amerongen ebensowenig maßgebend, wie es für einen Krupp damals war.

Über mögliche deutsche Investitionen in Chile befragt, stellt Otto Wolff von Amerongen fest, diese existierten schon. Da die deutsche Wirtschaft eine Privatwirtschaft sei, „kann eine bestimmte Investition in Chile nicht bestimmt werden, sondern sie wird spontan getätigt, in dem Maße, wie sich die Gelegenheiten dafür bieten." „Vor allem ist es wichtig, daß ein entsprechendes Klima existiert, das für die Investoren attraktiv ist, dieses Klima existiert in Chile." (vgl. El Mercurio 29.5.76).

Hier ein Auszug aus seiner oben breits zitierten Rede zur Feier des 60jährigen Bestehens der Deusch-Chilenischen Handelskammer in Anwesenheit u.a. des Finanzministers Jorge Cauas (Autor der Schock-Politik und des Wirtschaftsdesasters), dem deutschen Botschafter Strätgling (vormals in Südafrika) und dem Präsidenten der chilenischen Konföderation für Handel und Produktion Manuel Valdes (Großgrundbesitzer aus Santa Cruz):

„Meine Damen und Herren: Die Handelsbeziehungen zwischen Chile und der BRD sind die eines Rohstofflandes mit einem Industrieland. Ich bitte Sie um Nachsicht, dies von vornherein vereinfacht dargestellt zu haben. Ich tue es, weil es mir nützlich erscheint, an diesem Geburtstag darüber nachzdenken. Die Handelsbeziehungen zwischen unseren Ländern sind stark bestimmt durch diese Tatsachen. Über die Hälfte der deutschen Importe aus Chile bestehen aus rohem bzw. verarbeitetem Kupfer. Dagegen liefert Deutschland vor allem Maschinen, Lieferwagen, elektronische Artikel, Werkzeuge und chemische Produkte. Die BRD ist einer der wichtigsten Handelspartner Chiles. Wir stehen 1975 in bezug auf Ihre Importe an dritter Stelle nach den USA und dem Iran. Auf der anderen Seite steht Chile an zweiter Stelle nach Brasilien mit 12 % der Importe der BRD aus Lateinamerika. 1975 stand die BRD als Käufer chilenischer Waren an erster Stelle. ...". (aus: Chile Nachrichten 38, 20.6.76)

ARGENTINISCHE GESTAPO FOLTERT KLAUS ZIESCHANK

BUENOS AIRES (ID) 20. August Seit den Tagen des Militärputsches in Argentinien im März dieses Jahres sind zwei deutsche Genossen in den Händen der argentinischen Geheimpolizei SIDE. Über das Leben von einem der beiden, Klaus Zieschank, gibt es jetzt einen Beweis; ein Mitgefangener, der freigekommen ist, hat ihn unter der Folter in einer Gruppe von etwa sechs Gefangenen gesehen und identifiziert.

Damit ist bewiesen, daß die Militärdiktatur des Generals Videla lügt, wenn sie behauptet, das Verbleiben von Klaus Zieschank sei ihr unbekannt.

Das Solidaritätskomitee für Argentinien und Lateinamerika (COSAL) hat mit dem freigekommenen Genossen ein Interview gemacht, das in der Nr. 2 seines Informationsbulletins abgedruckt war:

„Dieses Interview kam unter sehr schwierigen Umständen zustande. Selbstverständlich werden hier keine Namen oder irgendwelche Daten genannt, denn die argentinische Situation erfordert es. Das COSAL besitzt alle notwendigen Beweise, um die Echtheit des Interviews zu belegen.

COSAL: Wie und wann haben sie dich abgeholt?

Ich möchte keine Angabenmachen über Datum und Uhrzeit des Tages, an dem sie mich festgenommen haben. Es waren drei Wagen, Marke Ford Falcon, darin saßen ungefähr zwanzig Mann, schwer bewaffnet. Sie gaben ihre Identität als Mitglieder der Armee an, dies wurde später von dem nächstliegenden Revier bestätigt. Als wir hinausgingen, schleppten sie mich zum Auto und legten mich auf den Boden, damit ich nicht sehen konnte, wohin sie mich brachten. Der Wagen fuhr später in eine Garage, in der man mir die Augen verband, dann gingen wir in ein Haus. Dort lernte ich das, was viele nicht für möglich halten, kennen: die fürchterliche und ständige Folter. Sie foltern jeden für den Fall, daß man etwas wissen könnte.

COSAL: Wie hat man dich gefoltert?

Zuerst schlagen sie dich am ganzen Körper, besonders die empfindlichen Stellen; sie drohen mit fürchterlichen Methoden, wie z.B. einen Stock in den After einzuführen. In meinem Fall blieb es bei der Drohung, aber bei vielen anderen wurde es so gemacht. Nach den Schlägen mußte ich mich ausziehen und wurde dann nackt in eine Badewanne mit Wasser — ungefähr 15 Grad — gesteckt. In diesem Moment lief mir schon reichlich Blut aus Nase und Mund. Sechs oder sieben Mann hielten mich fest und tauchten mich unter. Sie lassen dich so lange unter Wasser, bis sie meinen, du wärst kurz vor dem Ertrinken. Meine Hände wurden auf dem Rücken gefesselt und durch die Anstrengungen, die ich unternehmen mußte, wieder aus dem Wasser zu kommen, waren meine Gelenke schon zerrissen. Immer wieder steckten sie mich unter Wasser; dies wurde am ersten Tag mindestens vier Stunden lang wiederholt. Sie ziehen dich aus dem Wasser, nur um zu sehen, ob du etwas sagst, sagst du aber nichts, wirst du wieder ins Wasser gesteckt. Die nächsten Tage ging es mir so schlecht, daß sie mich nicht einmal anfassen konnten. Mein ganzer Körper war geschwollen, voller Blut ... ich hatte sehr hohes Fieber.

COSAL: Gab es auch eine medizinische Betreuung?

Nein, keineswegs. Es gab wohl einen Typen mit weißem Kittel, der so tat, als ob er Arzt wäre. Es handelte sich aber um einen Geisteskranken. Er kam, um uns zu „untersuchen" und sagte dabei immer wieder, daß wir weiter gefoltert würden, oder er forderte mehrmals eine Spritze, um uns zu töten. Darüber hinaus war er derjenige, der einkaufen gehen mußte, und er wurde ständig von den anderen belästigt oder auf die Schippe genommen.

COSAL: Kann man die Folterungen aushalten?

Wenn man weiß, daß durch Aussagen andere genauso fürchterlich gefoltert werden, dann kann man es aushalten, ohne den Folterern irgendwelche Angaben zu machen. Ich habe nichts gesagt. Darüberhinaus ist das Schweigen die beste Waffe gegen die Folterungen, denn je mehr du sagst, desto eher glauben sie, daß du noch mehr weißt; die Folterungen werden dann zu einer endlosen Prozedur.

COSAL: Könntest du etwas über deine Mitgefangenen sagen?

ImHaus befanden sich durchschnittlich sechs bis sieben Gefangene, unter ihnen war einer, dessen Namen ich schon wiederholt in den Zeitungen gelesen habe: Klaus Zieschank.

COSAL: Woher weißt du, daß er es war?

Ich habe seinen Namen wiederholt im Haus bei den Verhören gehört. Sie nannten ihn auch „El Aleman" (der Deutsche).

COSAL: Wie wurde er behandelt?

Wie alle anderen auch.

COSAL: Könntest du das Haus identifizieren?

Es handelt sich um ein sehr altes Haus in schlechtem Zustand und mit einem Holzboden. Ungefähr 100 meter entfernt geht der Zug vorbei. Es handelt sich dabei um die Linie Ferrocarril—Sarmiento, die von Once bis zur Liniers geht. Ich konnte es daran erkennen, weil es die einzige Linie ist, die Diesel-Lokomotiven benutzt. Sie machen einen starken und unverkennbaren Lärm. In einem der Räume befand sich ein Funksprechgerät, das direkt mit dem SIDE verbunden war. Wenn der Side sie anrief, identifizierten sie sich immer als Kommando 128.

COSAL: Könntest du etwas über deine Folterer sagen?

Ich konnte nicht alle sehen, denn ich hatte die Augen verbunden. Unter sich sprachen sie sich mit „Leutnant" und „Hauptmann" an, oder manchmal einfach nur mit Nummer. Sie machten keinen Hehl daraus, daß sie Mitglieder des Heeres waren und wiederholten ständig, daß sie der SIDE angehörten. Meistens waren es junge Männer. Sie kamen jeden Mittag zur „Arbeit", schlugen dann alle Gefangenen und sagten ständig: „Hier kommt die Repressionsarmee". Danach begannen die Folterungen, bis in den späten Nachmittag, als sie dann anfingen, Karten zu spielen. ... so ungefähr bis Mitternacht. Dann gingen sie nach Hause. Bei uns blieben zwei Männer als Wache. Wenn sie Aktionen durchführen sollten, bekamen sie ihre Befehle direkt aus dem Funksprechgerät. Sie wurden dann ganz euphorisch, nahmen ihre Waffen und gingen weg."

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

903R 146 1
H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

